

Ungenommene Anträge.

Zum Bericht des Parteivorstandes.

3. **Leipzig.** Ein neues Parteiprogramm ist dem Parteitag von 1925 zur Annahme vorzulegen. Bis dahin hat das auf dem Parteitag in Nürnberg beschlossene Aktionsprogramm Geltung.

19. **Hamburg.** Der Genossenschaftsbewegung als der neuen Waffe im Kampfe für die Befreiung der Arbeiterklasse ist überall mehr Interesse zuzuwenden, damit auch dieser Zweig der Arbeiterbewegung mehr und mehr seinem eigentlichen Zweck dienstbar gemacht wird.

24. **Hamburg.** Der Parteitag erucht die Parteigenossen, die Arbeit der *Kindereunde* auf das lebhafteste zu unterstützen und in Orten, wo noch keine Kindergruppen bestehen, eine Kinderbewegung im Anschluß an die „Reichsarbeitsgemeinschaft der Kindereunde“ ins Leben zu rufen.

26. **Gera.** Entschließung zur Alkoholfrage. Angesichts der Teuerung und des Rückgangs der inländischen Getreideproduktion seit dem Kriege stellt die Umwandlung von Getreide und Kartoffeln in alkoholische Getränke eine volkswirtschaftliche Verschwendung dar. Die Schäden des Alkoholismus werden heute noch erhöht durch die körperliche und geistige Schwächung der Arbeiterklasse in den Jahren seit Kriegsausbruch. Die antisoziale Wirkung der Trinkfluten ist besonders verhängnisvoll in der Zeit der Krise, weil sie eine privat- und volkswirtschaftlich ungefunde Belastung des Proletariats bildet. Erschwerung des Versammlungsbefuchs, Gefahr der Ausschreitungen bei Demonstrationen, geistig-seelische Lähmung, besonders der Jugend, sind heute verhängnisvolle Hemmnisse des Aufstiegs der Arbeiterklasse.

Die Partei muß daher eine großzügige wissenschaftliche Aufklärungsarbeit durch Wort und Bild über die Alkoholfrage im Rahmen der allgemeinen Bildungsarbeit durchführen. Sie mit gesetzlichen Maßnahmen anstreben zur Verminderung der Alkoholproduktion, Gemeindebestimmungsrecht mit Volksentscheid sozialreformatorischer Maßnahmen, die geeignet sind, das Alkoholangebot und die Verlockung zum Trinken zu vermindern.

Zum Bericht der Reichstagsfraktion.

(245. **Antrag Richter u. Gen.** 1. Bei dem kommenden Gesetz zur Ausführung des Art. 146, 2 DRV. (Reichsschulgesetz) jede Erweiterung der Rechte der Bekenntnisschulen, die weder dem Sinn noch dem Wortlaut der Reichsverfassung entspricht, energisch zu bekämpfen und die gesetzliche Festlegung der weltlichen Schule zu betreiben.

2. Die achtjährige höhere Schule durch einen Gesetzentwurf zu fordern und jede Differenzierung der vierjährigen Grundschule abzulehnen.

3. Die Aufbauschule als voll anerkannte höhere Schule reichsgesetzlich festzulegen.

239. **Antrag Hermann Müller.** Koalitionspolitik ist keine Frage des Prinzips, sondern der Taktik. Das Viel-Parteien-System hat seit der Revolution die Sozialdemokratie im Reich und in den Ländern vielfach gezwungen, mit bürgerlichen Parteien an der Regierung teilzunehmen. Maßgebend waren dafür erstens

außen- und zweitens innenpolitische Gründe. Das Interesse der Arbeiterklasse erforderte außenpolitisch die Befriedung Europas, innenpolitisch die Sicherung der Republik gegen den Ansturm der Reaktion.

Nur auf dem Boden der Republik kann seit dem Verlust des Krieges eine für Deutschland erfolgreiche Außenpolitik getrieben werden. Gleichzeitig ist die Republik der gegebene Boden für den Kampf um das sozialistische Endziel.

Die Teilnahme an der Regierung muß die Durchführung der Demokratie und die Erfüllung der bürgerlichen Republik mit sozialem Inhalt zum Ziel haben. Sie darf deshalb nur unter Abwägung aller Vor- und Nachteile für die Interessen der Minderbemittelten erfolgen, damit die Sicherheit gegeben ist, daß die Arbeiterklasse nicht einseitig Opfer zu bringen hat.

Dem Parteivorstand wurden überwiesen:

13. **Nürnberg.** Der Parteitag wolle beschließen, daß künftig die Reisefer zentral geregelt im ganzen Reichsgebiet, ähnlich wie in der Vorkriegszeit, be- gangen wird.

14. **Passau.** Der Parteitag ersucht den Parteivorstand und die Gesamtpartei, sich mehr als wie bisher mit dem Sozialisierungsproblem zu beschäftigen und da, wo die Möglichkeiten der Verwirklichung gegeben ist, ernsthaft zuzustimmen.

17. **Löbau.** Der Parteitag möge beschließen, den Vorstand zu beauftragen, alles zu tun, um eine bessere Aufklärung in Wort und Schrift herbeizuführen. — Bei den bevorstehenden Wahlen darf kein Mittel unversucht gelassen werden, die Frauen als Wählerinnen für unsere Partei zu gewinnen.

19. **Hamburg.** a) in Verbindung mit der Internationale eine möglichst gute und unabhängige Auslandsberichterstattung für unsere Presse zu schaffen, wenn angängig, durch Unterhaltung von Berichterstatern im Auslande.

{21 **Abt. 2. Gera.** Die *NSPD.* muß vor allem ihre Aufmerksamkeit auf die Jugendorganisationen und die Jugendziehung richten, da die sachliche Bewegung bei der arbeitenden Jugend einen bestimmten Anhang findet und sie dadurch auf Abwege und ins Schlepptau der bürgerlichen Gesellschaft gerät. Die besten Kräfte und Pädagogen müssen in Zukunft zur Belehrung und Erziehung der Jugend herangezogen werden.

22. **Braunschweig.** Der Reichsparteitag wolle zum Zwecke der Schaffung einheitlicher Ziele und Wege auf dem Gebiete der Arbeiterwohlfahrt den „Hauptauschuß für Arbeiterwohlfahrt“ veranlassen, dem § 5 der fraglichen Richtlinien (betr. Einberufung von Konferenzen der gesamten Bezirksauschüsse) Geltung zu verschaffen.

23. **Köln a. Rh.** Der Parteitag wolle beschließen, die vorhandenen wirtschaftlichen Parteiunternehmungen intensiv weiter auszubauen und durch neue wirtschaftliche Produktionsunternehmungen möglichst zu ergänzen, damit das Proletariat durch die Partei mehr als bisher in der Lage ist, den Verlauf der Wirtschaftskämpfe und damit auch der politischen Kämpfe zu beeinflussen.

27. **Breslau.** Mit besonderer Aufmerksamkeit sind vom Parteivorstand wie Zentralbildungsausschuß in Zukunft Fragen der sozialistischen Jugendziehung zu behandeln. Insbesondere die Gefährdung derselben durch die sozialen Wirkungen des Alkohols sowie die Fortbildung der reiferen Jugend in zu schaffenden Heimvolkshochschulen. Jede Parteiorganisation ist verpflichtet, die sozialistische Jugendbewegung mit allen Mitteln zu fördern. Diese Fragen sind auf dem nächsten Parteitag als besondere Punkte der Tagesordnung zu behandeln.

240. **Antrag Graupe u. Gen.** Der Parteivorstand wird beauftragt, eine Klärung über die Stellung der Partei zu den Organisationen der Kriegsoffer —

Internationaler Bund, Reichsbund der Kriegsbeschädigten, Kriegsoffer usw. — herbeizuführen.

242. **Antrag Dr. Adams u. Gen.** Der Parteivorstand wird ersucht, bis spätestens 1. Oktober eine periodisch erscheinende Zeitschrift für sozialistische Erziehung herauszugeben.

247. **Antrag Ed. Bernstein u. Gen.** Der Parteivorstand wird ersucht, eine Zusammenstellung von Auszügen aus den Wahlflugblättern und sonstigen offiziellen Kundgebungen der nationalistischen, völkischen usw. Parteien sowie der kommunistischen Partei über das Sachverständigengutachten (Dawes-Bericht) herauszugeben, aus der hervorgeht, wie diese Parteien im Wahlkampf den Wählern Wesen und Tendenz des Gutachtens geschildert; welches Verhalten Deutschlands ihm gegenüber sie für geboten erklärt und welche Verdächtigungen gegen diejenigen sie geschleudert haben, die für Annahme des Gutachtens eingetreten sind.

Der Reichstaasfraktion wurden überwiesen:

190 **Abf. 2. Hamburg.** Der Parteitag lehnt die Einführung eines Arbeitsdienstpflichtjahres für die Jugend ab, weil er darin unter den heutigen Verhältnissen den ersten Schritt zur Wiedereinführung der allgemeinen Wehrpflicht erblickt. Er fordert alle Parteigenossen auf, wo sich dazu Gelegenheit bietet, den Gedanken der Einführung eines Arbeitsdienstpflichtjahres zu bekämpfen. Der Parteitag fordert dafür einen Ausbau der Fortbildungsschule.

Die Anträge 28, 31 und 186 behandeln denselben Gegenstand.

195. **Frankfurt a. M.** Der deutsche Botschafter in Washington hat das Interesse des deutschen Volkes aufs schwerste geschädigt. Die Reichstagsfraktion wird beauftragt, mit allen Mitteln seine Abberufung durchzusetzen. Der Parteitag mißbilligt die Zustimmungen der Fraktion zu den Ermächtigungsgesetzen.

196. **Stettin.** Der Parteitag möge die Reichstagsfraktion beauftragen, im Reichstag den Antrag zu stellen, daß die Reichsregierung Schritte unternehme, die Republik Deutschland in den Völkerbund zu bringen.

197. **Köln a. Rh.** Der Parteitag wolle beschließen: Parteivorstand und Reichstagsfraktion haben unverzüglich alle Maßnahmen zu ergreifen, um eine einheitliche Arbeiterversicherungs-gesetzgebung herbeizuführen.

198. **Stettin.** Der Parteitag wolle beschließen: In der Partei die Reichstagsabgeordneten zu veranlassen, daß ein Gesetz vorgelegt wird, das bestimmt: Solange Arbeitslose vorhanden sind, sind keine Schmitter oder ausländische Arbeiter im Reiche zu beschäftigen.

199. **Lahr i. B.** Die Reichstagsfraktion hat mit allen Kräften im Reichstage dahin zu wirken, daß die Zahlung von Pensionen an noch arbeitsfähige Offiziere unter 45 Jahren eingestellt wird.

200. **Hamburg.** Der Parteitag beauftragt die Reichstagsfraktion, dafür zu wirken, daß ein Gesetz über Handhabung des Ausnahmezustandes geschaffen wird.

201. **Unterbezirk Hannover-Stadt.** Die Reichstagsfraktion wolle dafür eintreten, daß die gesetzlichen Bestimmungen über die Versorgung der Kriegsbeschädigten, Kriegshinterbliebenen, Sozialrentner, Erwerbslosen usw. in der Weise geändert werden, daß deren Ergänzbarkeit gesichert ist.

202. **Biewer.** Die Reichstagsfraktion wird ersucht, dahin zu wirken, daß endlich durch die Verabschiedung des Beamtenrätengesetzes den Beamten gesetzlicher Schutz gewährleistet wird.

203. **Stettin.** Dafür einzutreten, daß den kleinen Sparern, die Gelder in die Kassen sowie Sparguthaben in der Vorkriegszeit eingezahlt haben, dieses

wie folgt in Goldmark zurückzuerstatten ist: Bis 100 Mk. ganz, bis 1000 Mk. halb, bis 10 000 Mk. ein Viertel, über 10 000 Mk. 10 Proz.

1 204. **Hamburg.** Der Parteitag lehnt jeden schematischen Beamtenabbau in der Schule ab und verwirft auch den grundsätzlichen Abbau der verheirateten Lehrerin. Um der Zukunft der Kinder willen darf das im äußeren und inneren Ausbau der Schule bereits Erreichte nicht wieder eingeschränkt werden. Die Entwicklungsmöglichkeiten in der Schule dürfen durch den Abbau nicht verbaut werden.

Die kostspieligen und engherzigen Standesinteressen dienende Mittelschule ist überall nach und nach abzubauen; an ihre Stelle haben äußerer Ausbau und reichere Gliederung der Volksschule zu treten.

Beim höheren Schulwesen ist die finanziell günstigere Form der Aufbauschule zu bevorzugen. An Stelle der neunjährigen höheren Schule hat die achtjährige zu treten. Jede Differenzierung der Grundschule lehnt der Parteitag ab.

205. **Bremen.** Die Bremer Mitgliebschaft verlangt von der Reichstagsfraktion, sie möge den Antrag stellen, einen Amnestie-Erlass für die politischen Gefangenen und die durch das Abtreibungsgesetz Verurteilten herbeizuführen.

206. **Frankfurt a. M.** Die Fraktion wird beauftragt, mit allen Mitteln für die Beseitigung des Belagerungszustandes einzutreten.

207. **Stuttgart.** Der Parteitag fordert die Reichstagsfraktion auf, sofort nach Zusammentritt des neuen Reichstages zu Art. 48 der Reichsverfassung zu verlangen, daß eine genaue Umschreibung der Befugnisse des Reichspräsidenten und der Reichsregierung, die auf Grund dieses Artikels getroffen werden können, vorgenommen wird.

208. **Unterbezirk Hannover-Stadt.** Für die „Technische Nothilfe“ sind von der Reichstagsfraktion keine Mittel zu bewilligen.

209. **Elbing.** Die Reichs- und Landtagsabgeordneten sind zu verpflichten, mindestens vierteljährlich einmal den Wählern (Mitgliebern) ihres Bezirks Aufklärung über die Reichs- und Landespolitik zu geben.

211. **Hanau.** Die Reichstagsfraktion wird beauftragt, einen Initiativantrag zur Durchführung des Art. 155 der Reichsverfassung einzubringen. Der Antrag hat eine Lösung der Bodenfrage im Sinne des Görlitzer Programms vorzuschlagen und ist, wenn nötig, zum Volksentscheid zu bringen.

212. **6. Unterbezirk von Ostfahlen.** Der Parteitag erblickt in dem Bestreben, den Art. 155 der Reichsverfassung restlos zu verwirklichen, eine notwendige Aufgabe der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion. Der Parteitag verpflichtet die Reichstagsfraktion, mit aller Entschiedenheit für den Gedanken der Heimstättenbewegung einzutreten.

213. **Trier.** Der Parteitag wolle beschließen, die sozialdemokratische Reichstagsfraktion zu verpflichten, nicht für eine Aufhebung des Wohnungszwangsgesetzes und des Mieterschutzgesetzes einzutreten, sondern dafür besorgt zu sein, daß ungerechte Härten für die Mieter in den Gesetzen möglichst schnell ausgemerzt werden.

214. **Hamburg.** Der Parteitag ersucht die Reichstagsfraktion, mit allem Nachdruck im Reichstage ihren Vorschlag zur Bodenreform zu fördern. Ueber diesen Vorschlag hinaus fordert der Parteitag die Reichstagsfraktion auf, einen Gesetzentwurf einzubringen, nach dem alle Gliedstaaten gezwungen werden, eine Bodensteuer nach dem gemeinen Wert zu erheben.

215. **Straßburg.** Die Reichstagsfraktion hat sofort den der Reichstagsfraktion eingereichten „Entwurf eines Bodenreformgesetzes“ als Initiativantrag im Reichstage einzubringen und für Annahme dieses Gesetzes einzutreten.

216. Gera. Stellungnahme zur Sanierung: Währungshoheit des Reiches, vor allem Beherrschung der Goldnotenbank (Währungs- und Diskontopolitik) Ausbau des Besitzsteuerjstems, möglichster Abbau der indirekten Steuern, Aufrechterhaltung des Reichseigentums und der Betriebsführung an den Reichsbetrieben; Steigerung ihrer Rentabilität durch Entbureauftraftisierung, Einführung gemeinwirtschaftlicher Grundzüge. Anstrengung internationaler Kredite auf der Basis staatsfinanzieller Garantien unter Vermeidung von Eingriffen in die Staatsouveränität; Sanierung nicht auf Kosten der Sozialpolitik, sondern durch Belastung des Unternehmers zu sozialpolitischen Zwecken.

217. Randau, Kreis Jerichow. Die Reichs- bzw. Landtagsfraktionen der NSD. wollen sich für die Umänderung des Jagdgesetzes einsetzen, damit Gemeinden, die unter 300 Morgen oder 300 Morgen, aber nicht zusammenliegend, haben, ihre Jagd selbst meistbietend verpachten können. Es wird dadurch verhindert, daß die Kommunen den angrenzenden Großgrundbesitzern in die Hände fallen.

218. Friedberg i. Hessen. Die Reichstagsfraktion hat unverzüglich einen Gesekentwurf einzubringen, der fordert, daß das Reich die Herausgabe von Reichswohnstätten-Darlehnskassenscheinen schnellstens in die Wege leitet. Diese Darlehnskassenscheine gelten als gesetzliche Zahlungsmittel und werden an die Einzelstaaten, Gemeinden und Baugenossenschaften zum ausschließlichen Zwecke des Bauens von Wohnhäusern zinslos abgegeben. Die so erstandenen Häuser werden jährlich in der Höhe bis zu einem Prozent amortisiert und gelten solange als Staatseigentum, bis sie restlos abgetragen sind.

219. Hamburg. Die Partei hat zu veranlassen, daß den Berufsseeleuten die Ausübung ihres Wahlrechtes zum Reichstage, zu den Landtagen und zu den Gemeindevertretungen ermöglicht wird.

220. Frankfurt a. M. Der Parteitag fordert von der Reichstagsfraktion, für eine baldige Verkleinerung der Reichstagswahlbezirke einzutreten.

221. Breslau. Bei künftigen Wahlen sollen Männer und Frauen getrennt abstimmen.

Die Reichstags- wie die Landtagsfraktionen werden beauftragt, bei der Beratung von Wahreformgesetzen für kleine Wahlkreise einzutreten.

222. Schopfheim. Der Parteitag beauftragt die Parteileitung, sofort alle Vorkehrungen zu treffen, um gegen eine mögliche, auch nur teilweise Auslieferung der Reichsbahnen an das Privatkapital den Volksentscheid anzurufen gemäß Art. 73 Abs. 1 oder 2 und Art. 75 der Reichsverfassung oder auf Grund Art. 7 Abs. 19 und Art. 89; sofern nicht schon Art. 76 die sozialdemokratische Reichstagsfraktion instand setzt, den volksfeindlichen Angriff abzuwehren.

223. Dresden. Die Sozialdemokratische Partei fordert:

1. Das Gemeindebestimmungsrecht über Erteilung und Verlängerung von Konzessionen für den Ausschank und Verkauf alkoholischer Getränke. (Die wahlberechtigten Bevölkerung entscheidet durch Abstimmung.)

2. Die Kommunalisierung der Schenkstätten: Bei Erteilung und Verlängerung von Konzessionen hat die Gemeinde das Vorzugsrecht.

3. Der Reingewinn aus dem Ausschank oder Verkauf alkoholischer Getränke ist zur Bekämpfung des Alkohols und zur Errichtung alkoholfreier Volks- und Speisehäuser zu verwenden.

224. Dresden. Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion wird aufgefordert, unverzüglich für die in der Reichsverfassung vorgesehene Trennung von Staat und Kirche und Kirche und Schule einzutreten, da die Trennung nach den Ubergangsbestimmungen bereits bis zum 31. März 1921 durchgeführt werden sollte.

Ebenso wird die Reichstagsfraktion beauftragt, für die Abschaffung des in einer Republik unmöglichen Gotteslästerungsparagrafen mit aller Energie einzutreten.

225. Breslau. Der Parteitag verlangt von dem Reichstage, daß er gesetzliche Maßnahmen zur Ueberwachung der Kartelle, Syndikate und Trusts trifft.

Die geschaffenen Kartellgerichte sind in ihrer Wirkung völlig unzureichend, da sie nur das einzelne Mitglied eines Verbandes vor der Willkür des verurteilten Kapitals schützen, aber auf die Preisgestaltung der gesamten deutschen Wirtschaft ohne jeden Einfluß sind.

Von dieser Preisgestaltung hängt aber die unbedingt zu vermehrende Warenausfuhr, die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und die Festigung der Rentenmarkt, also die wichtigsten Lebensnotwendigkeiten des deutschen Volkes ab.

226. Schopfheim. Der Parteitag wolle beschließen:

In Erwägung, daß heute alle Preise auf Friedenshöhe durchgeführt sind, mit Ausnahme der Löhne und Gehälter, die unerträglich unter dem Friedensniveau stehen, und einiger kartellierter Produktionszweige, die bis jetzt wegen wirtschaftlichen Versagens der Reichsregierung weit über dem Friedensniveau stehen blieben; in Erwägung ferner, daß die Güter- und Personentarife der Eisenbahn in hohem Maße preisgestaltet wirken und ihre Erhöhung eine neue untragbare Teuerung einleiten müßte, in Erwägung endlich, daß eine solche Tarifierhöhung auch das gegebene Hilfsmittel einer Regierung wäre, die absichtlich dem deutschen Volke den Eisenbahnbefuß verleidet und die Bahnen dem Privatkapital ausliefern wollte, beauftragt der Parteitag die Reichstagsfraktion der NSD., unverzüglich die Schritte zu tun, die zur Abwehr einer solchen Tarifpolitik nötig sind.

Als solche erkennt der Parteitag folgende alsbald im Reichstage einzubringende Anträge:

1. Die Reichsregierung ist gehalten, entsprechend Art. 95 Abs. 3 der Reichsverfassung, der sinngemäß auch für die vom Reich verhaltenen Bahnen gilt, jede Tarifierhöhung über den Friedenspreis hinaus zu unterlassen.

2. Sollte die Durchführung des Art. 92 der Reichsverfassung Schwierigkeiten bereiten, so ist die Abhilfe nicht in einer Tarifierhöhung zu suchen, die einnahmehindernd und wirtschaftsschädlich wirken würde, vielmehr ist auf die wahren Ursachen des Defizits der Reichsbahn zurückzugehen. Die Reichsregierung ist demnach gehalten, den Teil des Defizits, der Kriegskosten aus dem Ruhrkampf darstellt, auf die allgemeine Finanzverwaltung zu übernehmen, so daß eine Nachprüfung sämtlicher mit der Privatindustrie abgeschlossenen Lieferungsverträge der Reichsbahn vorzunehmen und soweit dabei die Friedenspreise überschritten sind, alle Druckmittel anzuwenden, um noch nachträglich und für die Zukunft die Preise auf das Friedensniveau einzustellen.

230. Köslin. Der Unterbezirkstag Köslin vom 2. März 1924 fordert von der Reichstagsfraktion im Reichstage die Aufhebung der Verordnung über die Arbeitszeit vom 31. Dezember 1923 zu beantragen und an Stelle dessen einen Gesekentwurf zur Regelung der Arbeitszeit einzubringen, welcher sich klar auf den achtstündigen Arbeitstag, ohne jede Ausnahme, festlegt. Im Falle die Mehrheit des Reichstages diesem Antrage nicht betreten sollte, wird vom Parteivorstand die schleunigste Einleitung eines Volksbegehrens über den Achtstundentag gefordert.

236. München. Der Parteitag wolle beschließen, die Auslegung des § 48 der Reichsverfassung durch Ausführungsbestimmungen reichsgeseklich zu regeln.

Andere Anträge :

243 Antrag Dismann und Genossen: (Abgelehnt)

Die Politik der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei war in den letzten Jahren darauf gerichtet, nach innen die Republik auszubauen und zu sichern, nach außen durch Uebernahme von Reparationsleistungen die Unversehrtheit des nach dem Friedensvertrage verbleibenden Reiches aufrechtzuerhalten, die Lasten des Krieges endlich in Deutschland gerecht zu verteilen. Sie hat diese ihr gesetzten Ziele im wesentlichen nicht erreicht.

Wirtschaftlich hat die deutsche Bourgeoisie durch plammäßige Zerrüttung der Währung die Reparationsleistungen im allgemeinen unmöglich gemacht und hat durch großzügige Verarmung und Enteignung des Mittelstandes, der Beamten, Angestellten und Arbeiter eine gewaltige Bereicherung gesetzt an Stelle der Lasten, die sie nach dem verlorenen Kriege zu übernehmen verpflichtet war.

Außenpolitisch hat diese Politik der Bourgeoisie zur Befestigung des Ruhrgebietes geführt. Sie hat den im Friedensvertrag vorgesehenen allmählichen Abbau der Besatzung gefördert und eine Erweiterung der Besatzung und der aus ihr herrührenden Lasten zur Folge gehabt.

Innenpolitisch endlich ist die Einheit des Reiches aufs tiefste erschüttert; bewaffnete Vandalen bedrohen die Republik, eine reaktionäre Verwaltung fördert alle diese Gefahren für das Reich und verhindert den freiheitlichen Ausbau des Staates; eine bössartige Justiz macht Recht und Gesetz zum Kindergepöhl.

Die Erfahrung hat gezeigt: alle diese Gefahren waren gebannt, solange die Arbeiterschaft aus eigener Kraft ihre Interessen wahrte. In dem Maße, in dem die Arbeiterschaft an die Stelle der energiegelassen Verfolgung eigener Interessen die Rücksicht fastschwerfängerer Allgemeininteressen stellte, traten diese innen- und außenpolitischen Folgen an den Tag. Die Bourgeoisie hat bewiesen, daß sie den Kampf nach innen in der Republik mit nicht milderer Brutalität führt als in irgendeiner anderen Staatsform und daß daher das Maß der Verantwortlichkeit der Sozialdemokratie für diesen Staat nicht weiter gehen kann, als die Arbeiterklasse im Staat tatsächlich die Macht hat.

Die bisherige Politik der W.S.D., der Koalition mit mehr oder weniger demokratischen Teilen der Bourgeoisie hat weder vermocht, jene außen- und innenpolitischen Gefahren zu bannen, noch der Arbeiterschaft als Klasse die Macht zu erhalten, die sie braucht, um ihren Interessen Geltung zu verschaffen. Die verbrecherische Wirtschaftspolitik der Bourgeoisie hat den Bestand der Gewerkschaften und Genossenschaften, den sozialen Arbeiterschutz und den Achtstundentag schwer gefährdet. Die Anlehnung an die Bourgeoisie auf politischem Gebiet hat zu einem Rückgang unseres Einflusses auf die arbeitende Klasse geführt, der zuletzt seinen Ausdruck in den Reichstagswahlen fand.

Die W.S.D. als die Partei des arbeitenden Volkes muß diesen Einfluß zurückgewinnen, der Parteitag fordert daher von der Partei und ihren Organen, im Parlament wie in der Presse, in der praktischen Politik wie in der Agitation sich leiten zu lassen von dem Gedanken des unerjöhlichen Kampfes zwischen Bourgeoisie und Proletariat. Dieser Kampf muß geführt werden Schulter an Schulter mit allen der Sache des Proletariats ehrlich dienenden Werktätigen in Stadt und Land, in der Erkenntnis, daß nur eine Partei, die in diesem Kampf die Massen sammelt und mit Vertrauen erfüllt, imstande ist, Volk und Reich aus den gegenwärtigen innen- und außenpolitischen Nöten zu retten und im Sozialismus die letzte Befreiungsarbeit herbeizuführen.

244 Antrag Eckstein und Genossen (in namentlicher Abstimmung abgelehnt):

Die Reichstagsfraktion wird beauftragt, bei der Haushaltsberatung den Reichswehretat abzulehnen.

Anwesenheitsliste des Parteitages.

Name	Wohnort	Bezeichnung des Bezirkes oder der Stellung in der Partei, die nach dem Statut zur Teilnahme berechtigt
Adams, Dr. Kurt Agnès, Lore Ahrens, Willi Altermann, Heinrich Anderjen, Marg. Arning, Marie Arzt, Arthur Aushäuser, Siegfried Auer, Erhard	Hamburg Düsseldorf Braunschweig Chemnitz Hamburg Magdeburg Dresden Berlin München	Bez. Hamburg-Nordwest Kontrollkommission Bez. Braunschweig Bez. Chemnitz-Zwickau Bez. Hamburg Parteiausschuß Bez. Dresden Bez. Groß-Berlin Parteiausschuß
Beier, Franz Bartels, Elise Bartels, Friedrich Barth, Christoph Bayerer, Alfons Bechtel, Heinrich Behrendsohn, L. Beier, Franz Beider, Ferdinand Beune, Heinrich Berg, Frau Bergholz, Albert Bergmann, Paul Bernid, Gustav Bernstein, Eduard Berlin, Peter Beulshausen, Fritz Bieligt, Fritz Bleckschmidt, Rudo Blcil, Erich Blum, Karl Blumtritt, Max Böschel, Karl Bock, Wilhelm Borowski, Albert Bourgard, van den Brandes, Wilhelm Braun, Dr. Adolf Brehmer, Karl Breitscheid, Dr. Rudolf Bremer, Therese Breh, August Brühne, Friedrich Büchse, Kurt Buchwitz, Otto	Wolfsenbüttel Silbesheim Berlin-Tempelhof Pirndorf b. Nürnberg Regensburg Weißburg Maulenese Leobischütz Berlin Substrad Nidersleben Zeitz Hamburg Magdeburg Berlin Düsseldorf Badenhausen Blauen i. B. Sonneberg i. Thür. Nachenau Burg Hof a. d. E. Chemnitz Gotha Königsberg i. Pr. Düsseldorf Bremerhaven Berlin-Neu-Tempelhof Rostock Berlin Hannover Hannover Frankfurt a. M. Hannover Görlitz	Bez. Braunschweig Parteiausschuß Partei Vorstand Bez. Franken Parteiausschuß Bez. Oesfen-Frankfurt Bez. Schleswig-Holstein Oberhesien Reichstagsfraktion Bez. östl. Westfalen Bez. Magdeburg-Anhalt Bez. Halle Bez. Hamburg-Nordwest Bez. Magdeburg-Anhalt Reichstagsfraktion Parteiausschuß Bez. Braunschweig Bez. Chemnitz-Zwickau Bez. Thüringen Bez. Görlitz Magdeburg-Anhalt Bez. Franken Parteiausschuß Kontrollkommission Bez. Ostpreußen Bez. Niederrhein Bez. Hamburg Partei Vorstand Mecklenburg-Lübeck Reichstagsfraktion Bez. Hannover Kontrollkommission Bez. Hannover Bez. Görlitz
Christmann, Sophie Eispfen, Arthur	Barmen Berlin-Röpenid	Bez. Niederrhein Partei Vorstand
Dauß, Otto Depppe, Marie	Müßtrin Altona	Bez. Brandenburg Bez. Schleswig-Holstein

Name	Wohnort	Bezeichnung des Bezirkes oder der Stellung in der Partei, die nach dem Statut zur Teilnahme berechtigt
Diefenbach, Wilhelm Dietrich, Georg Dietrich, Richard Dijmann, Robert Distelhub, Heinrich Dittmann, Wilhelm Dittrich, Arthur Döls, Paul Donatiesz, Franz Dood, Hermann Draus, Carl Dreger, Alfred Drescher, Reinhold Drews, Fritz Dümer, Heinrich	Höchst a. M. Weimar Leiz Stuttgart Mainz-Neubach Berlin-Steglitz Döbeln Eönnig Königsberg i. Pr. Küftringen Senftenberg, N.-L. Lübeck Halle a. d. S. Neubrandenburg Uchlag	Bez. Hessen-Frankfurt Bez. Thüringen Bez. Halle Parteiausschuß Bez. Hessen Parteiivorstand Bez. Leipzig Bez. Schleswig-Holstein Parteiausschuß Bez. Oberburg-Offriesland Bez. Brandenburg Bez. Mecklenburg-Lübeck Parteiausschuß Bez. Mecklenburg-Lübeck Bez. Hannover
Eberle, Hugo Eder, Fritz Ecklein, Dr. Ernst Ebel, Oskar Eggerstedt, Otto Ehrentzeit, John Eichenmüller, Nikolaus Einhmann, Frau Engelmann, Richard Engler, Wilhelm Esser, Karl	Görlitz Weiden Breslau Dresden Kiel Hamburg München Recklinghausen Munaberg Karlsruhe (Baden) Regensburg	Parteiausschuß Bez. Oberpfalz-Niederbayern Bez. Breslau Bez. Dresden Bez. Schleswig-Holstein Bez. Hamburg-Nordwest Bez. Franken Bez. wefil. Westfalen Bez. Chemnitz-Zwickau Bez. Baden Bez. Oberpfalz-Niederbayern
Fehlich, Bruno Felgenträbe, Max Feller, Hermann Fell, Gustav Fianté, Reinhold Finte, Julius Fischer, Emil Fischer, Theodor Fleißner, Hermann Frank, Otto Freidhof, Rudolf Friedrich, Frau E. Friedrich, Fritz Frey, Hugo Friedrich, Emil Fuchs, Georg Fuchs, Hans	Diegnitz Kassel Hilbesheim Magdeburg Schweidnitz Herford i. Westf. München Berlin Dresden-Bries Berlin Mannheim Küftringen Küftringen Breslau Stollberg Braunschweig Schwerin	Bez. Görlitz Parteiausschuß Bez. Hannover Parteiausschuß Bez. Breslau Bez. nördl. Westfalen Bez. Franken Parteiausschuß Reichstagsfraktion Parteiivorstand Bez. Baden Bez. Oldenburg-Offriesland Bez. Oldenburg-Offriesland Bez. Breslau Bez. Chemnitz-Zwickau Bez. Braunschweig Bez. Mecklenburg-Lübeck
Gebler, Karl Ged, Oskar Gefel, Wilhelm Gefelhart, Otto Geipier, Fritz Gerab, Leo Gerlach, Karl Glocke, Theodor Görlinger, Robert Graupe, Georg Grosch, Rob. Groszinski, Albert Gröninger, J. Grotefend, Frau Gruber, Franz	Arnstadt i. Th. Berlin Gautsch Günzburg Schwandorf Nachen Chemnitz Berlin Köln Zwickau Dresden Berlin-Pankow Niederbellmar Bachum Kreuznach	Bez. Thüringen Reichstagsfraktion Bez. Leipzig Bez. Oberbayern-Schwaben Bez. Oberpfalz-Niederbayern Bez. Oberrhein Bez. Chemnitz-Zwickau Vorwärtsverlag Bez. Oberrhein Bez. Chemnitz-Zwickau Bez. Dresden Bez. Hessen-Cassel Bez. wefil. Westfalen Bez. Oberrhein

Name	Wohnort	Bezeichnung des Bezirkes oder der Stellung in der Partei, die nach dem Statut zur Teilnahme berechtigt
Grund, Paul Güth, Max	Marburg Kiel	Bez. Hessen-Frankfurt Organisationskommission
Haaf, Karl Haas, Gustav Haberland, Carl Hadelberg, Rudolf Hagen, Anton Hamacher Hansen, Fritz Hansen, Richard Hauschild, Richard Häuser, Heinrich Harnisch, Hermann Hartung, Maria Hartwig, Theodor Haude, Paul Heilmann, Ernst Heinig, Kurt Helb, Peter Helsenberger, Karl Helling, Wilhelm Hengsbach, Clemens Hense, Alfred Hensler, Fritz Herz, Dr. Paul Heymann, Oskar Hiescher, Paul Hildebrandt, Arthur Hilberbrand, Carl Hilferding, Dr. Rudolf Hoffmann, Oskar Höftmann, Paul Höhner, Carl Hohorst, Johannes Horn, August Hornung, August Hörreth-Menge, Frau Hübcher, Arthur Hug, Paul Hühlich, Oskar Hufsch, Karl	Köln Osnabrück Barmen Altona Leipzig Essen Kiel Kiel Hersfeld Sieben Neuß Königsberg i. Pr. Stettin Zabotze Berlin Berlin Bonn Hemelingen b. Bremen Osnabrück Köln-Elz Berlin-Tegel Dortmund Berlin Paffau Hirschberg Ehmen Berlin Berlin Elberfeld Köln Hofgeismar Nitterhude b. Bremen Stettin Bödingen München Wittenberge Küftringen Küftringen i. Oldbg. Duisburg	Bez. Oberrhein Bez. Oldenburg-Offriesland Parteiausschuß Bez. Schleswig-Holstein Parteiausschuß Bez. Niederrhein Kiel Bez. Schleswig-Holstein Bez. Hessen-Cassel Bez. Hessen Bez. Groß-Berlin Bez. Süpreußen Parteiausschuß Bez. Breslau Bez. Brandenburg Bez. Groß-Berlin Bez. Oberrhein Bez. Hamburg-Nordwest Referent Kontrollkommission Parteiausschuß Bez. wefil. Westfalen Reichstagsfraktion Bez. Oberpfalz-Niederbayern Bez. Görlitz Bez. Hannover Parteiivorstand Parteiivorstand Bez. Niederrhein Bez. Bommern Bez. Hessen-Cassel Bez. Hamburg-Nordwest Bez. Bommern Bez. Württemberg Bez. Oberbayern-Schwaben Bez. Brandenburg Bez. Oldenburg-Offriesland Parteiausschuß Bez. Niederrhein
Jahnke, Willi Jakobshagen, Gerhard Janotta, Erhard Janschel, Alfred Jände, Karl Jourdan, Berta Juchacz, Marie Junte, Paul	Berlin Ludwigshafen a. Rh. Breslau Berlin Eisleben Frankfurt a. M. Berlin-Röpenitz Braunschweig	Bez. Brandenburg Bez. Pfalz Parteiausschuß Reichstagsfraktion Bez. Halle Bez. Hessen-Frankfurt Parteiivorstand Parteiausschuß
Kaben, Felix Kaffen, Wilhelm Kämpfer, Joh. Karge, Hans Karsen, August Kasler, Richard Kern, Elisabeth Kerling, Frau Kiech, Paul Kinkel, Gottfried	Bautzen Bremen Kassel Hannau Weine-Hannover Landsberg a. d. W. Darmstadt Düsseldorf Jena Göppingen	Bez. Dresden Bez. Hamburg-Nordwest Bez. Cassel Bez. Frankfurt Kontrollkommission Bez. Brandenburg Bez. Hessen Bez. Niederrhein Bez. Thüringen Bez. Württemberg

Name	Wohnort	Bezeichnung des Bezirkes oder der Stellung in der Partei, die nach dem Statut zur Teilnahme berechtigt
Kircher, Josef	Deggendorf	Bez. Oberpfalz-Niederbayern
Kirchmann, Karl	Stralsund	Bez. Pomern
Kleinspehn, Johannes	Nordhausen a. Harz	Bez. Thüringen
Klinger, Franz	Koburg	Bez. Franken
Kügel, Emma	Görlitz	Bez. Görlitz
Kunzsch, Franz	Dormmund	Parteiausschuß
Küh, Franz	Stettin	Bez. Pomern
Knoch, Dr. Andreas	Hamburg	Bez. Hamburg-Nordwest
Knoblauch, Rudolf	Oslau	Bez. Breslau
Knothe, Wilhelm	Wetzlar	Bez. Hessen-Frankfurt
Koch, Dr. Otto	Sildesheim	Bez. Hannover
Krämer, Hermann	Wannheim	Bez. Baden
Kräßig, Hermann	Berlin	Reichstagsfraktion
Krille, Otto	München	Bez. Oberbayern-Schwaben
Krille, Richard	Berlin	Organisationskommission
Krüger, Wilhelm	Koßvot i. Mdl.	Parteiausschuß
Krosko, Wilhelm	Neheim a. d. Ruhr	Bez. weisl. Westfalen
Krüger, Bernhard	Wln.-Friedrichshagen	Bez. Groß-Berlin
Krüger, Karl	Leipzig	Bez. Leipzig
Krüger, Wilhelm	Berlin	Parteiausschuß
Krumm, Hans	Harburg a. d. Elbe	Bez. Hannover
Kühn, Anna	Leipzig	Bez. Leipzig
Kulzer, F.	Freilassing	Bez. Oberbayern-Schwaben
Künstler, Franz	Neutöbn	Partei Vorstand
Kurzkst, Hannu	Kiel	Bez. Schleswig-Holstein
Kunghaus, Alexander	Würzburg	Bez. Franken
Kau, Johannes	Hannover	Parteiausschuß
Keber, Hermann	Weimar	Parteiausschuß
Keber, Dr. Julius	Lübeck	Bez. Mecklenburg-Lübeck
Keiper, Walter	Waldenburg	Bez. Breslau
Kemenschow, Karl	Altona	Bez. Schleswig-Holstein
Kenderoth, Carl	Kassel	Bez. Hessen-Kassel
Keuterich, Max	Hamburg	Parteiausschuß
Levi, Paul	Berlin	Bez. Chemnitz-Weidau
Liebmann, Hermann	Leipzig	Bez. Leipzig
Lbinski, Richard	Mark-Ortenorf	Parteiausschuß
Liske, Karl	Berlin	Bez. Groß-Berlin
Löbe, Paul	Berlin	Kontrollkommission
Löbstein, Ignaz	Würzburg	Bez. Franken
Lohmann, Dr. Richard	Berlin	Verb.-Gem. soz. Lehrer
Lohmann, Julius	Nürnberg	Bez. Franken
Lüding, Heinrich	Baderborn	Bez. nördl. Westfalen
Ludwig, Konrad	Berlin	Partei Vorstand
Mache, Karl	Breslau	Bez. Breslau
Maderholz, Georg	Berlin	Bez. Groß-Berlin
Mais, Walter	Göpen i. W.	Bez. weisl. Westfalen
Marxwald, Hans	Frankfurt a. M.	Bez. Hessen-Frankfurt
Marwardt, Carl	Lüneburg	Bez. Hannover
Martin, Willi	Hermshorf	Bez. Thüringen
Matzke, Anna	Berlin	Parteiausschuß
Mayer, Peter	Freiburg	Bez. Baden
Meier, Otto	Berlin	Bez. Groß-Berlin
Meier, Richard	Weidau	Organisationskommission
Meier, Stefan	Freiburg	Bez. Baden
Meier, Wilhelm	Detmold	Bez. nördl. Westfalen
Melzer, Anna	Chemnitz	Bez. Niederrhein
Mende, Emil	Meißen	Bez. Dresden
Mente, Bernhard	Dresden	Bez. Dresden
Miß, Konrad	Köln a. Rh.	Parteiausschuß
Mollenbubr, Hermann	Berlin-Schöneberg	Partei Vorstand

Name	Wohnort	Bezeichnung des Bezirkes oder der Stellung in der Partei, die nach dem Statut zur Teilnahme berechtigt
Müller, Frau Lotte	Hörbe i. W.	Bez. weisl. Westfalen
Moitmann, Karl	Schwerin	Bez. Mecklenburg-Lübeck
Mojes, Julius	Berlin	Partei Vorstand
Müder, Max	Burgen	Bez. Leipzig
Müller, Hermann	Berlin-Tempelhof	Partei Vorstand
Müller, Hermann	Berlin-Lichtenberg	Kontrollkommission
Müller, Karl	Keddinghausen	Bez. weisl. Westfalen
Müller, Karl	Stenbal	Bez. Magdeburg-Anhalt
Müller, Kurt	Freiberg	Bez. Dresden
Müller, Lukas	Heilbronn	Bez. Württemberg
Müller, Max	Mittweida	Bez. Leipzig
Müller, Frau Rettden	Köln	Bez. Oberhein
Remig, Anna	Röpenid	Partei Vorstand
Reue, Paul	Wilhelmshaven	Bez. Oldenburg-Östriesland
Reugebauer, Rudolf	Wandsbel	Bez. Schleswig-Holstein
Rievierra, Elsa	Gera-Neuß	Bez. Thüringen
Rifers, Carl	Euxhaben	Bez. Hamburg-Nordwest
Riser, Karl	Stuttgart	Parteiausschuß
Otto, Richard	Wiesbaden	Bez. Hessen-Frankfurt
Ranzer, Johann	Bayreuth	Bez. Franken
Rarsch, Richard	Hannover	Bez. Hannover
Rausch, Ernst	Wab (Hsb.)	Bez. Niederrhein
Reine, Peter, Franz	Berlin	Reichstagsfraktion
Peters, Wilhelm	Halle a. d. S.	Parteiausschuß
Petersdorff, Georg	Magdeburg	Bez. Magdeburg-Anhalt
Petric, Franz	Halle a. d. S.	Bez. Halle
Peus, Heinrich	Gera-Neuß	Bez. Thüringen
Pfäfl, Antonie	Dessau	Bez. Magdeburg-Anhalt
Pietich, Fritz	Berlin	Reichstagsfraktion
Poggenklas, Rudolf	Breslau	Bez. Breslau
Pohlmeier, Heinz	Bielefeld	Bez. östl. Westfalen
Poriune, Andreas	Münster i. W.	Bez. weisl. Westfalen
Pribat, Karl	Frankfurt a. M.	Bez. Hessen-Frankfurt
Pusch, Ernst	Görlitz	Bez. Görlitz
	Rendsburg	Bez. Schleswig-Holstein
Quitsch, Wilhelm	Ellenburg	Bez. Halle
Reinhold, Georg	Parteiausschuß	Parteiausschuß
Reiz, Karl	Nürnberg	Bez. Franken
Reize, Johanna	Hamburg	Parteiausschuß
Remmel, Adam	Karlruhe	Bez. Baden
Remy, Fritz	Offenbach a. M.	Bez. Hessen
Reuther, Franz	Stadthagen	Bez. nördl. Westfalen
Richter, Paul	Altan	Bez. Dresden
Ritzel, Heinrich	Darmstadt	Bez. Hessen
Röhle, Paul	Frankfurt a. M.	Parteiausschuß
Rohloff, Albert	Holzminde	Bez. Braunschweig
Rosebrod, Karl	Berlin	Bez. Hannover
Rosbach, Karl	Karlruhe	Bez. Baden
Rosenfeld, Dr. Kurt	Berlin	Reichstagsfraktion
Ruggaber, Karl	Wlm a. d. D.	Bez. Württemberg
Rummel, Weiz	Koblentz	Bez. Oberhein
Rummer, Hans	Benzberg i. Oberbay.	Bez. Oberbayern-Schwaben
Ryneck, Efriede	Baumshulenberg	Partei Vorstand
Sachse, Emma	Altenburg	Bez. Thüringen
Sander, Wilhelm	Dresden	Parteiausschuß
Sänger	Leutesheim (N. Rbh)	Bez. Baden

Name	Wohnort	Bezeichnung des Bezirks oder der Stellung in der Partei, die nach dem Statut zur Teilnahme berechtigt
Sohnil, Walter	Minben i. Westf.	Bez. nördl. Westfalen
Saupe, Hugo	Leipzig	Bez. Leipzig
Schadow, Wilhelm	Kolkoiv	Bez. Brandenburg
Schaffner, Joseph	Hannover	Bez. Hannover
Scharf, Bergmann	Nomradswaldau	Bez. Sörlig
Schaub	Wibbesheim, Kr. Friedb.	Bez. Hessen
Scheibemann, Philipp	Kassel	Reichstagsfraktion
Schiler, A.	Landeshut i. Schl.	Bez. Sörlig
Schlegelmilch, Max	Leipzig	Bez. Leipzig
Schleinitz, Otto	Freital-Burgf	Bez. Dresden
Schneid, Anna	Oberhausen (Nhb.)	Bez. Niederrhein
Schlüter, Wilhelm	Herford i. Westf.	Bez. nördl. Westfalen
Schmeißer, Otto	Erfurt	Bez. Thüringen
Schmidt, Georg	Berlin	Reichstagsfraktion
Schmidt, Richard	Berlin	Bez. Brandenburg
Schmidt, Robert	Berlin	Reichstagsfraktion
Schnaitmann, Adolf	Tübingen	Bez. Württemberg
Schnell, Ewald	Altenstein	Bez. Ostpreußen
Schönfelder, Adolf	Hamburg	Kontrollkommission
Schönning, Johannes	Hittau	Bez. Dresden
Schönleiter, Hermann	Hannover	Bez. Hannover
Schorf, Frau	Neu-Ferburg	Bez. Hessen
Schred, Carl	Bielefeld	Parteiausschuß
Schröder, Luise	Altona a. d. E.	Parteiausschuß
Schroeder, Paul	Köln	Bez. Mecklenburg-Lübeck
Schuler, Frau Emilie	Göppingen	Bez. Württemberg
Schult, Johannes	Hamburg	Bez. Hamburg-Nordwest
Schulz, Wolf	Berlin	Brudereirevisor
Schulz, Berta	Herne i. W.	Parteiausschuß
Schulz, Heinrich	Berlin-Steglitz	Parteiortstand
Schulz, Hermann	Königsberg i. Pr.	Parteiausschuß
Schumacher, Ernst	Magdeburg	Bez. Magdeburg-Anhalt
Schumann, Elisabeth	Stettin	Bez. Pommern
Schütte, Fritz	Halberstadt	Bez. Magdeburg-Anhalt
Schwarm, Anna	Münberg	Bez. Franken
Schweizerdt, Hermann	Berlin	Bez. Groß-Berlin
Siefert, Billy	Pirna	Bez. Dresden
Selbert, Elisabeth	Niederzwehren	Bez. Hessen-Kassel
Sender, Loni	Kranfurt a. M.	Parteiausschuß
Sender, Dr. Walter	Saarbrücken	Bez. Oberrhein
Seppel, Max	Breslau	Bez. Breslau
Seher, Georg	Ludwigshafen a. Rh.	Bez. Pfalz
Sebering, Carl	Berlin	Reichstagsfraktion
Sehewitz, Max	Berlin	Reichstagsfraktion
Silberschmidt, Hermann	Zwickau	Parteiausschuß
Simon, Georg	Berlin	Reichstagsfraktion
Simon, Josef	Augsburg	Bez. Oberbayern-Schwaben
Sollmann, Wilhelm	Münberg	Parteiausschuß
Sroiwig, Georg	Berlin	Reichstagsfraktion
Stampfer, Friedrich	Klettendorf	Parteiausschuß
Stegmann, Frau Dr. Marg.	Berlin	Bez. Ostpreußen
Steinbrecher, Georg	Dresden	Bez. Dresden
Steinert, Otto	Meferitz	Bez. Brandenburg
Steinhäuser, Margarete	Chemnitz	Bez. Chemnitz-Zwickau
Steinopf, Willi	Offenbach a. M.	Bez. Hessen
Steinmayer, Otto	Berlin	Reichstagsfraktion
Stod, Christian	Stuttgart	Parteiausschuß
Ströbel, Heinrich	Heidelberg	Bez. Baden
	Berlin-Steglitz	Bez. Groß-Berlin
Tejessy, Fritz	Kassel	Bez. Hessen-Kassel
Tejloff, Ernst	Stade	Bez. Hamburg-Nordwest
Thabor, Johann	Krefeld	Bez. Niederrhein

Name	Wohnort	Bezeichnung des Bezirks oder der Stellung in der Partei, die nach dem Statut zur Teilnahme berechtigt
Theil, Emil	Bremen	Bez. Hamburg-Nordwest
Theil, Bertha	Leipzig	Bez. Leipzig
Thümmel, Elisabeth	Dresden	Parteiausschuß
Thurm, Fritz	Berlin	Bez. Groß-Berlin
Tobenhagen, Minna	Berlin	Parteiausschuß
Trautwein, August	Gernrode a. S.	Bez. Magdeburg-Anhalt
Treu, Martin	Nürnberg	Bez. Franken
Trimborn, Peter	Köln	Bez. Oberrhein
Trinkl, Oskar	Karlsruhe	Bez. Baden
Unterleitner, Hans	München	Organisationskommission
Verbiel, Wilhelm	Kiel	Parteiausschuß
Viktor, Walter	Zwickau	Bez. Chemnitz-Zwickau
Vogel, Hans	Nürnberg	Parteiausschuß
Vogel, Heinrich	Hamburg	Bez. Hamburg-Nordwest
Volz, Karl	Siebnau a. d. D.	Bez. Breslau
Völter, Hans	Kaiserlautern	Bez. Pfalz
Wachsenheim, Hedwig	Berlin	Bez. Groß-Berlin
Wäger, Hermann	Berlin	Beamtenzentrale
Wardin, Max	Königsberg i. Pr.	Bez. Ostpreußen
Wassermann, Heinrich	Schöningen	Bez. Braunschweig
Wauer, Gustav	Tübingen	Bez. Brandenburg
Weber, Frau	Dessau	Bez. Magdeburg-Anhalt
Weber, Magdalene	Bielefeld	Bez. östl. Westfalen
Wedel, Kurt	Dresden	Bez. Dresden
Wegener, Kurt	Berlin	Jungsozialisten
Wegener, Oskar	Kranfurt a. d. D.	Bez. Brandenburg
Wehner, Otto	Springe a. d. D.	Bez. Hannover
Weidemann, Willy	Ynsterburg	Bez. Ostpreußen
Weimann, Richard	Berlin	Reichsaussch. foz. Bildungsarb.
Welz, Alfred	Lübeck	Bez. Mecklenburg-Lübeck
Welz, Otto	Friedrichshagen	Parteiortstand
Wengels, Margarete	Berlin	Bez. Groß-Berlin
Wengels, Robert	Berlin	Kontrollkommission
Wenschel, Fritz	Merseburg	Bez. Halle
Westphal, Max	Berlin	Reichsverb. d. foz. Arb.-Zab.
Westphäliger, Karl	Dänabrdt	Bez. Oldenburg-Ostfriesland
Weyers, Oskar	Mörs	Bez. Niederrhein
Wibmann, Wilhelm	Offenbach a. M.	Parteiausschuß
Wildeis, Kurt	Leipzig	Bez. Leipzig
Wille, Hermann	Hamm i. W.	Bez. Westfalen
Wille, Hermann	Stettin	Bez. Pommern
Wimmer, Thomas	München	Bez. Oberbayern-Schwaben
Wißell, Rudolf	Berlin	Reichstagsfraktion
Wittmann, Ernst	Berlin	Bez. Magdeburg-Cassel
Wolf, Marie	Speyer	Bez. Pfalz
Wündisch, Amalie	Kassel	Bez. Hessen-Kassel
Wurbs, Karl	Bochum	Bez. westl. Westfalen
Wußmann, Karl	Reichthausen	Bez. Sörlig
Zabe, Grete	Hamburg	Bez. Hamburg-Nordwest
Zänsler, Minna	Zwickau	Bez. Chemnitz-Zwickau
Ziegler, Anna	Heilbronn	Bez. Württemberg
Zils, Clara	Breslau	Parteiausschuß
Zimmer, Hugo	Wesenhof b. Weiged.	Bez. Schleswig-Holstein
Zimmermann, Artur	Münberg	Bez. Thüringen
Zöllig, Karl	Düsseldorf	Organisationskommission
Zubeil, Friedrich	Berlin	Reichstagsfraktion

Sachregister des Parteitag.

Adams 183.
 Anbergen 55.
 Auring 150.
 Aufhäuser 102, 101
 Bell 54.
 Braun, Ab. 95, 18
 Breiltsch 193.
 Brühne 79.
 Buchholz 139.
 Crispian 43, 136.
 Dan 58.
 Dilmann 99, 124, 134,
 187.
 Dittmann 61, 63, 93,
 97, 99, 111, 117,
 119, 124, 137, 186,
 187.
 Edel 192.
 Fleißner 61, 124, 182.
 Feinig 116.
 Gehring 154, 180.
 Giffenberg 139, 166, 195.
 Gih 117.
 Grille (München) 98,
 180, 184.
 Krüger 124.
 Künftler 42.
 Levi 180, 189.
 Lewien 59.
 Liebmann 63.
 Lipinski 141, 151.
 Löffle 107, 135.
 Nöbe 120, 124, 186.
 Ludvig 75, 148.

Sachregister des Parteitag.

Abonnementband der Partei-
 presse 77.
 Ausrüstung 173.
 Buchführung 42, 90, 175.
 Agrartage 84, 154, 189.
 Agrarprogramm 154, 189.
 Anarchisten 44.
 Antrag betr. Ausschluß (Kon-
 ratz-Nader) 200, 201.
 Antrag betr. den Ort des
 nächsten Parteitag 201.
 Arbeiterwohlfahrt 73, 79.
 Aufgaben der Partei 179.
 Ausländische Delegierte 52.
 Beamtenabbau 85.
 Befriedung Europas 83, 84.
 Belegerungsstand 91, 92, 111.
 Bericht d. Parteivorstandes 64.
 Bericht d. Bildungsamtes 93.
 Bericht d. Kontrollkommission 79.
 Bericht d. Programmkommission 95.
 Bolshewismus 44, 45, 49.
 Briefwechsel 69, 105.
 Bureau des Parteitag 50.
 Buchführungsbeziehung 55.
 Chauvinismus 67, 68, 69.
 „Die Gemeinde“ 78.
 „Die Gesellschaft“ 77.
 Demobilisationsverordnung. 90.
 Demokratie 66, 101, 142, 168.
 Deutschbolschewistische Bewegung 67.
 Diskussion über den Bericht
 der Fraktion und des Par-
 teivorstandes 97.
 Dreiklassenwahlrecht 65.
 Eisenbahnen und Sachver-
 ständigenrat 171.
 England, politische Lage 47,
 65, 71, 167.
 Erweitertes Programm 95.
 Ermächtigung 89, 101, 123.
 Erneuerung Währungs 153.
 Ergänzungsvertrag d. SPD. 73.
 Fraktions 49.
 Frankfurter Konferenz 47.
 Frankreich, politische Lage 46,
 68, 87, 168.
 Französische Revolution 71.
 Französisches Wahlrecht 82.
 „Frauenwelt“ 77.
 „Freie Beamte“ 77.
 Friedensvertrag 46.
 Geschäftsbericht 43, 75.
 Gewerkschaftsbund 44.
 Gliederung d. Organist. 144.
 Goldwährung 177.
 Grenzkommission, Deutsch-dä-
 nische 74.
 Große Koalition 62, 87, 88.
 Handelspolitik 176.
 Imperialismus 71.
 Inauguraladresse 180.
 Inflationsperiode 42, 43, 76.
 Internationale 44, 45, 46, 49, 74.
 Intern. Arbeiterhilfe 71, 72, 138.

Markwald 52, 97, 110,
 124.
 Müller (H.) 80, 128.
 Neus 147, 194.
 Nöhl 57.
 Nöpp 164.
 Portune 149.
 Remmele 109.
 Saube 155.
 Seiber 52, 100, 101,
 111, 124.
 Seibert 103.
 Söllmann 114.
 Seibemann 105.
 Schmidt, Georg 163.

Internat. Finanzwirtschaft 84.
 Italien, politische Lage 47, 66.
 Jugendorganisation 79.
 Jungsozialisten 116.
 Kandidatenkonflikt in Berlin
 108, 117, 127, 135, 152.
 Kandidatenkonflikt in Dithma-
 rauer 79.
 Kapitalherrschaft 43.
 Kasernenbericht 78.
 Kinderfreundebewegung 70.
 „Kinderland“ 77.
 Klassenkampf 83, 84, 118, 166, 194.
 Kleinbauern u. Pächter 157, 158.
 Kleinbürger 44.
 Koalition mit bürgerlichen Par-
 teien 83, 88, 99, 100, 102,
 109, 178, 204.
 Kommunisten 73, 91.
 Komm. Internationale 71, 72.
 Kommunismus, Aufstieg 70, 71.
 Kongreß der Arbeiter-Soldat-
 enräte 68.
 Kontrollkommission 152.
 Korrektorat 62, 120, 123, 125.
 Kriegsschule 50.
 Kultivierung der Moor- und
 Dehlandereien 161, 190.
 Kulturaufgaben 93, 183.
 Kürtiner Prozeß 86.
 „Laden links“ 77.
 Lage der Landarbeiter 163.
 Landesorganisation 144.
 Landwirtschaft und Sozial-
 demokratie 154.
 Landwirtschaft, Kleinbetriebe 156.
 Klassenverteidigung bei Durch-
 führung des Sachverständigen-
 rats 43, 103, 174.
 Landwehr-Unterricht 83.
 Mandatsbefragungen 92.
 Marxismus 49, 70, 190.
 Maßnahmen betr. Artikel 48
 der Reichsverfassung 89, 90.
 Militärpensionen 45.
 Mitgliederband 76.
 Nationalversammlung 82.
 Obrigkeitstaat 93.
 Opposition in der Partei 74,
 120, 122, 130.
 Organisation 44, 76, 77.
 Organist.-Statut 141, 148, 150.
 Panflavismus 71.
 Pariser Aufruf 1848 65.
 Parlament d. Reichstages. 80.
 Parteiausgang 147.
 Parteibüro 77.
 Partei und Gewerkschaften 187.
 Partei u. prof. Massen 152.
 Parteivorstand und Volksent-
 scheid betr. Sachverständigen-
 rat 74.
 Parteizeitungen 77.
 Raffter Widerstand 87.
 Roincaré 47, 82.

Schmidt, Robert 122.
 Schred 62.
 Schreiber-Krieger 54.
 Schulz 93, 119.
 Stegmann 191.
 Ströbel 104.
 Thurm 151.
 Voogd 50.
 Widmann 50.
 Weis 50, 59, 64, 74,
 98, 125, 135, 141,
 147, 153, 162, 164,
 180, 195, 199, 201,
 202, 203.
 Wit 188, 201.

Politisches Programm der
 SPD. 66, 85.
 Programmkommission 95, 96.
 Reaktion 43, 55.
 Reichstagswahl 69.
 Regierung Otto 81, 87, 88, 105.
 Reichsland 66, 68.
 Reichstag 44, 68.
 Reichstagsauflösung 91.
 Reichstagsfraktion 80, 82, 91, 92.
 Reichstagswahl 44, 69, 77, 89,
 92, 105, 173, 182.
 Reichswehrpat 129, 188, 211.
 Rentenreform 90.
 Reparationsfrage 44, 45, 87.
 Ruhrkrieg 83, 105, 114, 185.
 Russland (polit.) 70, 71, 72.
 Russische Regierungspolitik 173.
 Saargebiet (pol. Lage) 112, 113.
 Schäffler Konflikt 63, 78.
 108, 115, 129, 139.
 Sachverständigenrat 84,
 107, 169, 185.
 Seidungsrecht 155, 156.
 Sozialistischer Bund 44.
 Sozialismus 44, 47.
 Sozialismus und Landwirt-
 schaft 155, 177.
 Sozialistengesetz 80.
 Soz. Winderbeitsregierung 82.
 Sparstufensätze 82.
 Syndikalisten 44, 84.
 Schutzoll 47, 176.
 Staatsform 85.
 Tagesordnung 51.
 Tätigkeit der Landesverfamm-
 lungen 145.
 Unabhäng. Sozialdemokratie 43,
 105.
 Vereinigung der sozialdemo-
 kratischen Parteien 76.
 Verfall des Reichs 67.
 Verhältniswahlrecht 82.
 Vier-Parteienplan in Deutsch-
 land 81, 85, 204.
 Verlag Die 76, 78, 79, 94.
 Vorlagssache betr. Wahl des
 Parteivorstandes 138.
 Vorklänge des Parteitag 50.
 Vorklärung 172.
 Wahl des Parteivorstandes 190.
 Wahl des Reichspräsidenten 52,
 97, 98, 133.
 Wahlrecht 81, 82.
 Weimarer Verfassung 94.
 Weltrevolution 71.
 Weltwirtschaft 45.
 Währungs 71.
 Weingärtner-Unterrichtungen 73, 86.
 Währungsreform 144, 148, 151.
 Zusammenfassung des Partei-
 tag 146.
 Zusammenfassung von SPD.
 und KPD. in Sachver-
 ständiger 73.

Reichsfrauentag

der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

am 15. Juni 1924 in Berlin.

Vormittags 10 Uhr.
Tagesordnung:

1. Die Frauen und die Wahlen.

Vorsitzende: Marie Juchacz-Berlin, Elfriede Ryned-Berlin, Anna
 Nemiß-Berlin.
Schriftführerinnen: Minna Lodenhagen-Berlin, Marie Deppe-
 Altona, Elisabeth Thimmel-Dresden, Hörath-Menge-München, Minna Boll-
 mann-Magdeburg, Bertha Schulz-Herne.
Mandatprüfungskommission: Minna Schilling-Döbeln, Anna
 Schleich-Oberhausen, Martha Beder-Weimar, Lina Brühn-Hannover, Marie
 Hartung-Königsberg, Emilie Schuler-Göppingen.

Frau Juchacz: Genossinnen und Genossen! Ich erkläre hiermit die heutige
Reichskonferenz der sozialdemokratischen Frauen für eröffnet.
 Es ist in der Sozialdemokratischen Partei üblich neben dem Parteitag auch
 einen Frauentag abzuhalten, damit die Frauen Gelegenheit zur Aussprache über
 die Fragen ihrer eigenen Arbeit finden, damit sie über das sprechen können,
 was sie bewegt, und aus dieser Aussprache neue Kraft und neuen Willen für die
 zukünftige Arbeit schöpfen. Die Frauen sollen sich auch gegenseitig in ihrer Art
 kennenlernen und das Bewußtsein mitnehmen, daß überall im Reiche Frauen
 mit ihnen an dem gleichen Ziel arbeiten, an der Erfüllung des Sozialismus.
 Bevor wir uns konstituieren, erteile ich dem Genossen Crispian zu einer
 Begrüßungsansprache für den Parteivorstand das Wort.

Arthur Crispian: Genossinnen! Im Namen des Parteivorstandes der
Sozialdemokratischen Partei Deutschlands begrüße ich diese Konferenz, deren
Aufgabe es ist, die Aktionskraft der Partei zu stärken und ihre Anziehungskraft
auf alle jene Frauen und Männer zu erhöhen, die der sozialistischen Bewegung
heute noch nicht angehören. Jede Wirtschaftskrise, jeder Mangel an Nahrung,
jeder Rückgang der Kaufkraft des Geldes trifft zuerst und am härtesten die
Frauen, weil sie neben ihren übrigen Pflichten im gesellschaftlichen Arbeitsprozeß
auch noch die besonders schweren Pflichten des Haushalts und der Versorgung
ihrer Angehörigen auf sich nehmen müssen. Gerade hierin liegen viele Quellen
der Erbitterung und des Hasses der Frauen, die sich auf Kosten ihrer eigenen
Lebenskräfte in Kleidung und Nahrung einschränken, bevor sie bei der Versor-
gung ihrer Angehörigen zu sparen sich bemühen und doch der Sorgen nicht Herr
zu werden vermögen, die sich täglich neu aufkürmen. Die sozialistischen Frauen
haben nicht nur die Aufgabe, zu verhüten, daß sich die Erbitterung und der Haß
unter den Frauen des Proletariats in nutzlosen Aktionen zerpfiffert und erschöpft,
sondern sie müssen auch dafür sorgen, daß auch die Frauen von der großen Idee
des Sozialismus zusammengefaßt werden und erkennen, daß sie als sozialistische

Klassenkämpferinnen mit an der proletarischen Revolution und der Verwirklichung des Sozialismus arbeiten müssen.

In diesem Sinne wünsche ich Ihren Arbeiten den besten Erfolg. Ich bin davon überzeugt, der Verlauf der Konferenz wird diese Wünsche und Hoffnungen restlos erfüllen. (Lebhafte Beifall.)

Minna Lodenhagen begrüßt für die Berliner sozialdemokratischen Frauen die Konferenz und gibt in einstündiger Rede einen Ueberblick über die Entwicklung der Bewegung von 1866 an.

Vorsitzende Judacz: Ich danke beiden Rednern, sowohl dem Genossen Crispin vom Parteivorstand, wie der Genossin Lodenhagen recht herzlich für ihre Begrüßungsworte und teile der Versammlung mit, daß wir die Freude haben werden, auch Miß Harrison Bell und die Genossin Weltheid Popp aus Wien in einer kurzen Begrüßungsansprache zu hören.

Harrison Bell-England (mit lebhaftem Beifall empfangen): Genossinnen und Genossen! Die Frauenorganisation der Labour Party hat eigentlich erst im Jahre 1907 begonnen; sie ist also erst 17 Jahre alt. Aber vorher waren schon viele Frauen in der Independent Labour Party organisiert, die die Pionierin der Labour Party in England gewesen ist. In den ersten Jahren bildeten die Frauen noch eine besondere Organisation. Im Jahre 1912 traten sie aber in die Labour Party ein und sind dort heute Parteimitglieder, genau so wie es in Deutschland ist. Die englischen Frauen haben ihre besonderen Frauensektionen, in denen sie zusammenkommen, um alle die Fragen zu beraten, die in erster Linie für die Frauen, aber auch für die Männer wichtig sind und die sie nun vom Frauenstandpunkte beleuchten. Einen besonderen Höhepunkt der Arbeit bilden die alljährlichen Tagungen. Auf der letzten Tagung waren über 1000 Delegierte anwesend. (Bravo!) Auf diesen Tagungen sind die englischen Frauen nicht so leicht in Ordnung zu halten, und sie benehmen sich nicht ganz so artig, wie die deutschen Frauen. (Heiterkeit.) Zu allen Fragen, besonders zu denen, in denen die Linie der Partei politisch noch nicht ganz geklärt ist, nehmen nun die Frauen durch Besprechung in einem ständigen Komitee Stellung, und sie haben sehr oft wertvolle Richtlinien für die Gesamtleitung der Partei gegeben.

Die Frauen sind heute in England sehr gut organisiert. 150 000 Mitglieder sind bei der Labour Party eingeschrieben, und in manchem Dorf sind die gesamten Frauen Mitglieder der Labour Party. (Bravo!)

Ich bin eine derjenigen Frauen, die schon der ersten Organisation in England angehört hat, und ich hätte nicht geglaubt, daß wir in so kurzer Zeit eine derartige Wandlung in der gesamten Einstellung der Welt erleben würden. Trotz aller Schwierigkeiten dürfen wir uns nicht entmutigen lassen. Ich verweise ganz besonders auf das dramatische und packende Beispiel Italiens, wo sich das Proletariat gegen die Reaktion noch immer wehrt, wo die Sozialdemokraten immer noch den Mut haben, zu kämpfen. (Bravo!) Ich verweise auf die Fortschritte, die in Frankreich gemacht worden sind und die von so großer Bedeutung für die Politik Macdonalds sind, für jene Politik, die darauf hinausläuft, Europa und der Welt den Frieden zu bringen. Nicht einen vorübergehenden Frieden, sondern einen immerwährenden Frieden, der die Grundlage sein soll für einen nie geahnten Aufstieg, für die Wohlfahrt der ganzen Menschheit. (Lebhafte Beifall.)

Weltheid Popp-Oesterreich (mit lebhaftem Beifall begrüßt): Werte Genossinnen und Genossen! Es erfüllt mich angesichts dieser Konferenz mit Rücksicht und Ergriffenheit, wenn ich mir die Zustände vergegenwärtige, wie sie noch in den Jahren 1911, 1912 und 1913 bestanden haben, wenn ich mir vergegenwärtige, wie damals nicht nur die Frauen, sondern überhaupt die Arbeiter

gedrückt und getnebelt waren. Ich erinnere mich einer Versammlung, die ich auf der Rückreise von der Frauentagung Jena in Breslau besucht habe. In Breslau haben die Genossen bei der Einladung verschwiegen, daß eine ausländische Genossin, eine Oesterreicherin als Referentin kommen würde. Die Genossin Luise Zieg war als Referentin angegeben, und ich mußte den Polizisten, der dort saß, mit meinem plötzlichen Erscheinen direkt überrumpeln. Ich erinnere mich, wie mir die Genossen gesagt haben, ich dürfte nirgends angemeldet werden, ich dürfte in kein Hotel gehen, niemand dürfte etwas von meiner Anwesenheit wissen, weil ich sonst über die Grenze geschoben würde. Als der Polizist kam und seine Frau mitbrachte — es stand gerade das interessante Thema des Gebärstreiks auf der Tagesordnung (Heiterkeit) —, haben die Genossen aus Besorgnis, der Kommissar würde die Versammlung auflösen, wenn eine Ausländerin das Wort bekäme, durch einen Kordon von Ordnern den Tisch umstellt, an dem die Frau des Polizisten saß. In dem Augenblick, in dem mir zu sprechen nicht erlaubt worden wäre, wäre als erste die Frau des Polizisten aus dem Saal entfernt worden. (Heiterkeit.)

Als die Einladung von Ihnen zu dieser Konferenz kam, haben wir uns sehr gefreut. In der Konferenz der Wiener Funktionärinnen wurde mitgeteilt, daß wir seit 1911 wieder zum erstenmal an einer deutschen sozialdemokratischen Frauentagung teilnehmen. Die Genossinnen haben das als ihre eigene Sache empfunden und mich beauftragt, Ihnen zu sagen, daß wir in Oesterreich keinen heißeren Wunsch haben, als mit Ihnen in derselben Innigkeit und Herzlichkeit auch weiter zu arbeiten wie früher. (Bravo! und Händeklatschen.) In Deutschland steht die Beratung eines neuen Strafgesetzes auf der Tagesordnung. Wir in Oesterreich sollen ebenfalls ein neues Strafgesetz bekommen. Die herrschenden Parteien im Parlament ziehen die Beratung hinaus, um unser Strafgesetz dem des Deutschen Reiches anzulehnen. In Wirklichkeit wollen sie nicht den deutschen Fortschritt, sondern sind auf der Suche nach Paragraphen, mit welchen sie unsere Arbeiterschaft mehr knebeln können, als es heute auf Grund unseres Strafgesetzes möglich ist. (Sehr richtig!) Es gibt immer gewisse Wechselwirkungen. Unsere herrschenden Parteien haben die Anschlußidee an Deutschland vertagt, bis Oesterreich famiert ist, aber die Anlehnung an das Strafrecht möchten sie nicht vertagen, wenn sie dabei etwas gewinnen können. (Sehr gut!) Ich habe gelesen, daß im Reichstag deutsche Frauen dafür gestimmt haben, daß uneheliche Mütter aus dem Staatsdienst ausgeschlossen werden. (Pfui!) Bei uns war es eine der ersten Taten 1919 — auch bürgerliche Frauen, so reaktionär sie sind, hatten nicht den Mut, dagegen zu sein —, die Ehebeschränkungen für uneheliche Staatsangestellte auf allen Gebieten zu beseitigen.

So haben wir immer etwas Gemeinsames. Das Gemeinsame aber soll bleiben unsere Zusammengehörigkeit, unsere Kampfbereitschaft füreinander, bei uns und bei Ihnen und in der Internationale, um durch das Beispiel der fortgeschrittenen Länder, zu denen Deutschland immer gehört hat, auf die Länder einzuwirken, die noch nicht so weit sind. In diesem Sinne wünsche ich Ihren Beratungen den besten Erfolg, überbringe Ihnen die Grüße der Genossinnen Oesterreichs und rufe Ihnen zu: Genossinnen, seien wir einig, gehen wir den gemeinsamen Weg in aller Freundschaft, Herzlichkeit und Zusammengehörigkeit. (Bravo! und Händeklatschen.)

Frau Judacz: Der beste Dank an die Genossin Popp wird sein, daß wir uns von ihrer Begeisterungsfreudigkeit nicht nur für unsere Verhandlungen, sondern auch darüber hinaus anstecken lassen. (Bravo!)

In unserer Mitte weilt die älteste unserer führenden Frauen, Ottilie Wader. (Bravo! und Händeklatschen.) Wir wollen ihr, die für den Aufstieg der Frauen-

bewegung in ihrer bescheidenen und doch starken Kraftentfaltung in einer Zeit, in der es unendlich schwer gewesen ist, für den Sozialismus zu arbeiten, so viel bedeutete, nicht zumuten, sich mit einer Begrüßungsansprache anzustrengen, sondern heißen sie selbst in unserer Mitte herzlich willkommen. (Bravo! und Händelklatschen.)

Als bekannt wurde, daß die dänische Arbeiterregierung einen weiblichen Unterrichtsminister, die Genossin Nina Bang, eingesetzt hat, habe ich ihr im Namen der sozialdemokratischen Frauen unsere herzlichsten Glückwünsche ausgesprochen. (Bravo!) Auf meine Einladung hat sie mir folgenden Brief geschickt:

Ich danke herzlich für die Glückwünsche und die Einladung zur Konferenz. Es ist mir aber unmöglich, das Land zu verlassen. Ich habe eine Riesenarbeit, komme jeden Abend totmüde nach Hause, obwohl ich noch kein Gesetz vorbereitet und kein Budget. Es ist die Administration, wo ich ein Auge auf jeden Finger haben muß, bei Bezeichnung der Ämter, Zuteilung von Dispenzen, Stipendien usw., Wortlaut und Ton der Zirkulare. Die Beamten gewöhnen sich nach und nach daran, daß jetzt eine neue Zeit ist. Unloyal sind sie eigentlich nicht. Sie verstehen bloß nicht, daß ich immer den Gesichtspunkt der betreffenden Menschen würdige, während sie alles von der Administrationsmaschine aus betrachten. Täglich muß ich die Schreiben unredigieren, um ihnen den schroffen Ton wegzunehmen. Täglich muß ich mich mit dem Chef der Theater, der Universität usw. unterhalten. Also, liebe Genossen, ich kann nicht heraus. Politisch sind wir nur schwach. Was wir machen wollen, muß durch die Administration geschehen. Seien Sie herzlichst gegrüßt. Grüßen Sie den Kongreß, dem ich alles Gute und den besten Erfolg wünsche.

Ich habe Ihnen diesen Brief ausführlich vorgelesen, weil wir daraus lernen können, wie schwer es auch die Sozialdemokraten in Deutschland auf wichtigen Verwaltungsposten haben, vielleicht noch schwerer als die dänische Arbeiterregierung. Sie müssen mit Widerwärtigkeiten und dem Unvermögen der unterstellten Beamten, passiver Resistenz und anderem kämpfen. Wir als Außenstehende sind oft in der Beurteilung einer geleisteten Arbeit ungerecht, weil wir nur den oft geringen Erfolg sehen, während uns die Schwierigkeiten gewöhnlich verborgen bleiben.

Die Genossin Pels aus Belgien hat bedauert, daß sie leider nicht kommen kann und übermittelt uns brieflich ihre besten Wünsche, und zwar auch im Namen der sozialistischen Frauen Belgiens. (Bravo!)

Ich habe die Pflicht, einige Worte denen zu widmen, die nicht mehr unter uns weilen. (Die Versammlung erhebt sich.) Seit die Sozialdemokratische Partei auseinandergefallen war und sich dann endlich wieder vereinigt hat, sind aus unserer Mitte eine große Reihe Genossen und Genossinnen hinweggerafft worden, Frauen, die mit glühender Liebe und Begeisterung, in unermüdlicher Arbeit und Opferbereitschaft für die Rechte der Frauen und damit für den Sozialismus gekämpft haben. Ich kann nicht alle Namen nennen, will nur zwei der bekanntesten hervorheben. Die Genossin Luise Zieß, die Ihnen allen keine Unbekannte ist, ist an der Stätte ihres parlamentarischen Wirkens zusammengebrochen und hat bald darauf den Tod gefunden, nachdem sie ihr ganzes Leben zur Verbesserung der Lage des weiblichen Geschlechts und zur Erringung von Rechten für die Frauen verwendet hat. Die Genossin Martha Demming-Berlin ist erst vor kurzer Zeit verstorben, von ihr wird mit Recht gesagt, daß sie, obwohl ihr selbst das Glück der Mutterschaft versagt war, die allerbeste mütterliche Freundin unserer heranwachsenden Jugend gewesen ist, die diesem mütterlichen Gefühl in ihrer gesamten Arbeit gefolgt ist. Das will unendlich viel sagen, wenn wir wissen, wie viel zu tun ist, um dem Kind des Proletariats nur ein ganz

klein wenig Sonne zu geben und darüber hinaus Gesundheit und Lebenskraft für einen schweren Lebensweg, den fast alle Proletariatskinder zu gehen haben, wenn sie nicht vorzeitig sterben.

Sie haben sich zu Ehren dieser beiden und der vielen ungenannten Toten erhoben. Ich danke Ihnen dafür.

Verhandlungsberechtigt an unserer Tagung sind die weiblichen Delegierten des Parteitags, die besonderen Delegierten der Bezirke, die weiblichen Mitglieder des Reichstags. Darüber hinaus ist es immer Uebung gewesen, den Sekretären und Vorsitzenden der Bezirksorganisationen, die zu gleicher Zeit Parteiausgangsmitglieder waren oder von ihrer Körperschaft ein Mandat erhalten haben, sich und Stimme auf der Frauenkonferenz zu geben, weil sie die Träger der Organisation sind, die auch die Arbeit für die Frauenbewegung mit uns zusammen tun müssen und dazu auch ein Eindringen in das Wesen der Frauenbewegung gehört. Die Frauen des Preussischen Landtags waren früher durch eine Delegation vertreten, haben aber den Parteivorstand gebeten, diesmal insgesamt an der Konferenz vollberechtigt teilnehmen zu dürfen. Der Parteivorstand hat den Wunsch ausgesprochen, daß die Bezirke nach Möglichkeit diese Genossinnen delegieren, sofern dadurch nicht anderen Funktionären der Partei die Möglichkeit einer Mandatserteilung entzogen wird. Darüber hinaus haben wir diese Abgeordneten ein Mandat zugestellt. Der Parteivorstand empfiehlt Ihnen die Anerkennung. Dies wird Ihnen ganz besonders im Hinblick darauf empfohlen, daß wir in diesem Hause hier Gastfreundschaft genießen.

In das Bureau werden gewählt als Vorsitzende Frau Juchacz, Ryneck und Nemitz; als Schriftführerinnen Lobenhagen-Berlin, Deppes-Schleswig-Holstein, Thimmel-Dresden, Hörrath-Menge-München, Bollmann-Magdeburg und Schulz-Westfalen; in die Mandatsprüfungskommission Minna Schilling-Sachsen, Becker-Thüringen, Brühn-Hannover, Schleiß-Oberhausen, Hartung-Ostpreußen und Schuler-Württemberg.

Vorsitzende Frau Juchacz: Wir kommen zur Feststellung der Tagesordnung. Als vorläufige Tagesordnung hat der Parteivorstand bekanntgegeben: Die Frauen und die Wahlen. Er bittet, es hierbei zu belassen. Aenderung der Tagesordnung wünschen einige Anträge, die aber schon vor recht langer Zeit eingegangen sind. Wir sind bei der Festsetzung der Tagesordnung von dem Gedanken ausgegangen, daß, nachdem verhältnismäßig lange Zeit keine Frauenkonferenz stattgefunden hat, dazwischen die Einigung liegt und wir eine Menge Erfahrungen aus unserer Arbeit gesammelt haben, die Frauen nicht durch Ueberlastung der Tagesordnung daran gehindert werden sollen, über Arbeit und Erfahrungen zu sprechen. Außerdem ist es für die Sozialdemokratische Partei, die als Endziel ihrer Bestrebungen den Sozialismus in der Ferne sieht und zu ihm hinstrebt, zu einem Problem geworden, wie dieses Ziel erreicht werden soll, wenn wir die aktive Teilnahme einer übergroßen Zahl von Frauen entbehren müssen. Deshalb sehen wir die Dinge nicht so an, als würde hier nur ein Bericht gegeben über Vergangenes, nein, wir wollen die Frage der Heranziehung der Frauen zur Partei, der Erweckung von Sympathie für den Sozialismus in den weiten Kreisen der Wählerinnen hier sehr gründlich behandeln, damit wir ein Stück vorwärts kommen, weil das Frauenwahlrecht dem Sozialismus ein Hemmschuh werden könnte, wenn die Frauen weiter in ihrer Passivität verharren.

Ich bringe ganz kurz die eingelaufenen Anträge zur Kenntnis. Breslau wollte die Tagesordnung haben: Arbeiterinnen und Wirtschaftskrise, die Beamten und Akademikerinnen, und die Frau in der Suizid- und Rechtspflege.

Der Bezirk Ostfriesland hat beantragt, daß die Frauenkonferenz sich mit den §§ 218 und 219 vom bevölkerungspolitischen Standpunkt aus beschäftigt.

Ferner liegt ein Antrag vor, daß die Konferenz sich mit der Alkohol- und Abstinenzfrage beschäftigt.

Ich bitte Sie, mir zuzustimmen, daß wir es bei der festgesetzten Tagesordnung belassen. Die Anwesenden können die vorgeschlagenen Tagesordnungen als Anregung in die Bezirke hinausnehmen, um sich in der nächsten Zeit mit den angeregten Problemen zu beschäftigen. Ich höre keinen Widerspruch, die Konferenz ist damit einverstanden.

In bezug auf die Geschäftsordnung schlage ich vor, daß wir es bei der alten Uebung lassen, daß die Redezeit auf 10 Minuten beschränkt ist. Nach dem Referat soll eine Mittagspause von einer Stunde eintreten. — Auch hiermit sind alle einverstanden.

Vorsitzende Frau Kemig: Der Konferenz sind noch folgende Anträge zugegangen:

Die Frauenkonferenz wolle beschließen: der Parteivorstand wird ersucht, Schritte zu unternehmen, damit die Grabstätte der Genoffin Zieh eine würdige Ausshmückung erfährt. Sollte die Partei Mittel hierzu nicht zur Verfügung haben, sind unverzüglich Sammlungen zu veranstalten.

Wilhelmine Hoepfner, Neuzittau b. Erkner.

Die Frauenkonferenz in Stuttgart am 30. März beantragt, daß neben der „Frauenwelt“ eine Frauencorrespondenz herauskommt. Der Parteivorstand sollte diese Korrespondenz verschicken oder die Köhlerkorrespondenz finanziell unterstützen, die leider ihr Erscheinen eingestellt hat. Anna Blos. Ch. Evert.

Der Agitationsauschuß der Frauengruppen Württemberg nimmt Bezug auf das Schreiben des Genossen Ludwig, Mitglied des Parteivorstandes vom 22. April 1924. Wir bitten dringend, daß der Plan, eine Frauencorrespondenz durch das Bureau für die Tageszeitungen zu versenden baldmöglichst verwirklicht wird. Die Frauen brauchen dringend Artikel, die ihnen Agitations- und Bildungstoff vermitteln. Die „Frauenwelt“ wird dieser Forderung nicht voll gerecht.

Stuttgart, den 3. Juni 1924.

Landesausschuß für Frauenagitation, Bezirk Württemberg-Hohenzollern.

Die Agitationsauschuß der Frauengruppen in Württemberg stellt mit Entzürstung fest, daß bei der Aufstellung der Kandidatenliste die Frauen so wenig berücksichtigt worden sind. Die Zahl unserer Vertreterinnen ist infolge dessen auf elf Abgeordnete im Reichstag zurückgegangen. Auf der Reichsliste stand Genoffin Juchacz erst an fünfter Stelle.

Wir sind der Meinung, daß unsere Partei, die sich rühmt, als erste und einzige für die Gleichberechtigung der Frauen eingetreten zu sein, die Frauen in weit stärkerem Maße zur Mitarbeit heranziehen müßte. Ihre jetzige Vertretung steht in keinem Verhältnis zur Zahl der Wählerinnen.

Wir hoffen, daß die Frauenkonferenz sich unserem Protest anschließt.

Stuttgart, den 3. Juni 1924.

Landesausschuß für Frauenagitation, Bezirk Württemberg-Hohenzollern.

Die Frauen und die Wahlen.

Referentin Marie Juchacz-Berlin: Genoffinnen und Genossen! Wir alle sind wohl ohne Ausnahme mit der größten Leidenschaftlichkeit an den Wahlen beteiligt gewesen. Wir wußten, was auf dem Spiele stand, daß die Gefahr des Verfallens in die Reaktion mit allen Folgen ungeheuer groß gewesen ist. Wir wissen auch, daß diese Gefahr durch den Ausgang der Wahlen nicht gebannt ist, daß wir alle Kräfte zusammennehmen müssen und daß die Frauen mit ganzer Kraft für die Erhaltung der Republik und Demokratie mitkämpfen müssen.

Wir wissen auch, daß wir in unserer jetzigen Zahl viel zu schwach sind, um die Partei in ihrem Bestreben zu unterstützen, wenn es uns nicht gelingt, daß auch aus den großen Massen der indifferenten Frauen der Partei Zulauf kommt zu ihrem schweren Werk des Tages.

Hier müssen wir uns einmal die Frage stellen: Wie wirkt sich das Frauenwahlrecht für die Partei aus? Ist es nicht für die Partei zu einer Frage des Lebens und Sterbens geworden, wie die Frauen sich zur Partei stellen? Ist nicht der Erfolg für Gegenwart und Zukunft davon abhängig, ob wir die breiten Massen der Frauen für den Sozialismus gewinnen können? Dann noch eine Frage! Wenn wir als Partei versagen und hieran den Frauen die Schuld beigemessen werden kann (auf rechnerischer Grundlage dargestellt), wer ist dann moralisch verantwortlich für eine so ungünstige Entwicklung von so ungeheurer Tragweite für die Gesellschaft und damit doch auch für die Frauen selbst? Sind es dann nicht wir selber, die die Verantwortung zu tragen haben, weil wir die Aufgaben nicht erfüllt haben, die die Geschichte uns zugewiesen hat. Diese große moralische Verantwortung hat die Besten unserer Frauen in dem Augenblick, wo man uns das Wahlrecht gegeben hat, fast niedergedrückt, weil sie ihr eigenes Geschlecht in seiner Unzulänglichkeit kannten. Es war kein Versagen im Glauben an die Frauen selbst, wohl aber die Unzulänglichkeit, die auf die Entwicklung und eine falsche Erziehung des weiblichen Geschlechts zurückzuführen ist. (Sehr richtig!)

Wenn man sich vorstellt, daß im letzten Jahrzehnt des vergangenen Jahrhunderts Bebel sein Buch „Die Frau und der Sozialismus“ geschrieben hat, und wenn er in seinem Vorwort zur 25. Auflage konstatieren konnte, daß kein Buch bisher einen solchen Erfolg zu verzeichnen hatte, daß das Buch zweimal ins Englische überetzt worden ist (für England und Amerika), daß es ins Französische, Russische, Italienische, Schwedische, Dänische überetzt ist, daß es erschienen ist in polnischer Sprache, in Flämisch, Griechisch, Bulgarisch, Rumänisch, Ungarisch und Tschechisch, dann ist es kaum zu begreifen, daß ein Buch mit einer solchen Fülle von Material in wissenschaftlicher Durcharbeitung, mit einer Aufrollung der Frauenprobleme in einem solchen Ausmaß, doch noch nicht so gewirkt hat, daß der Augenblick des Frauenwahlrechts ein anderes Frauengeschlecht vorgeschunden hat. (Sehr richtig!) Wir müssen uns aber mit der Tatsache abfinden, daß jede Entwicklung auch auf einem Stück Erziehung beruht, und daß Erziehung nicht nur theoretisch geschehen kann, sondern auch durch die Tat. Deshalb ist es falsch, wenn gesagt wird, daß es noch nicht Zeit für das Frauenwahlrecht gewesen wäre und daß die Sozialdemokratie wahrscheinlich mehr Erfolg würde buchen können, wenn wir das Frauenwahlrecht nicht gehabt hätten. Das ist falsch, weil jede Entwicklung eine solche Epoche der Erziehung durch die Arbeit nötig hat, und weil die Politisierung der Frauen nur dadurch geschehen kann, daß sie selbst durch das passive und aktive Wahlrecht tätigen Anteil nehmen.

Wenn wir uns die Ziffern ansehen, die durch die Wahlen zu den Gemeindevertretungen und Landtagen und zuletzt zum Reichstag festgestellt worden sind, Ziffern, die nur Stichproben darstellen, weil nur an verhältnismäßig wenigen Orten durch getrennte Stimmabgabe solche Betrachtungen möglich sind, können wir doch daraus ganz bestimmte Schlussfolgerungen ziehen. In dem kleinen Heft „Die Genoffin“ finden Sie wenige dieser Beispiele, die sich aber noch vermehren ließen. Aus Dittersdorf in Sachsen hat man mir Ziffern mitgeteilt, die ich Sie anzusehen bitte. Die daraus gezogene Schlussfolgerung ist die, daß in Dittersdorf die Frauen in einem unverhältnismäßig großem Maße deutsch-national gewählt haben. Ein ähnliches Resultat gibt uns das Beispiel aus Spandau, wo sich die Deutschnationalen auch einer recht großen Sympathie der

Frauen erfreuen dürfen. Es ist doch psychologisch merkwürdig, daß gerade die Deutschnationale Volkspartei, die aus den konservativen Elementen hervorgegangen ist, bei den Frauen so große Sympathie genießt. Dagegen können wir aus einem großen Teil der Zahlenbeispiele ersehen, daß die Kommunisten und die Deutschvölkischen, mit Ausnahme von Bayern, nicht soviel Frauenstimmen wie Männerstimmen auf sich vereinigen. Ich habe noch mehr Material aus einzelnen Bezirken bekommen, das uns deutlich zeigt, daß in diesem Wahlkampf die Frauen sich in besonderem Maße etwas von der Arbeit der Deutschnationalen Partei versprochen haben, während wir in früheren Wahlkämpfen haben konstatieren können, daß es im besonderen Maße die Deutsche Volkspartei gewesen ist, die die Stimmen der Frauen nach sich gezogen hat. Ich habe es oft genug von Frauen der mittleren Schichten selbst gehört, daß sie zur Nationalversammlung noch demokratisch gewählt hätten, aber bei dem Reichstagswahlkampf des verfloffenen Reichstags es einmal — ich sage diesen Satz mit vollem Vorbedacht — mit der Deutschen Volkspartei versuchen wollten. Nun haben sie es eben einmal mit den Deutschnationalen versuchen wollen.

Hier spielen sicherlich psychologische Momente mit. Aber eine Pflicht erwächst dem Kongreß hieraus, sich zu fragen: Wer sind denn nun alle diese Frauen, die sich in so starkem Maße den gegnerischen Parteien mit ihrem Vertrauen zugewendet haben? Es ist doch ein Stück Vertrauen zu einer Partei, was in der Abgabe eines Stimmzettels ausgedrückt wird, wenn auf 1000 sozialdemokratische Männerstimmen ungefähr 998 bis 1100 Frauenstimmen kommen, der Wählerzahl entsprechend, denn die weibliche Wählerzahl ist doch stärker, und auch eine zahlenmäßig stärkere Stimmenabgabe ist noch kein Beweis für eine zahlenmäßig ebenso stark ausgedrückte Sympathie für die Sozialdemokratische Partei. Wenn wir sehen, daß hier 1000 zu 1000 Stimmen für die Sozialdemokratie abgegeben werden, dagegen aber für die Zentrumsparlei oder den deutschvölkischen Block in Bayern oder für die Deutschnationale Volkspartei in Mitteldeutschland 1300 weibliche Stimmen gegen 1000 männliche, oder 1400 oder gar 1500, dann müssen wir uns doch fragen: aus welchen Bevölkerungsschichten rekrutieren sich diese Frauen? Es sind Frauen, die ihrer Klassenlage nach zur Sozialdemokratie gehören, Frauen von Beamten, Frauen des sogenannten Mittelstandes, Frauen von Kleinbürgern, Hausangestellte, Frauen und Mädchen, die in Bureaus und Verkaufsstäden arbeiten, die als Arbeiterinnen in Nähstuben und Werkstätten anderer Art oder in Fabriken tätig sind, die ihre eigene Klassenlage noch nicht so empfinden und durchdacht haben, noch nicht die Konsequenzen daraus gezogen haben, die sich als Wähler hin- und herwerfen lassen und jedem Einfluß einer Agitation erliegen, je nach der politischen Zeitströmung sie ausgeübt sind.

Wenn ich in einer schlecht besuchten Versammlung spreche, dann wettet die Vorlesende darüber, daß die Frauen Geld und Zeit dafür haben, zweimal in der Woche ins Kino zu gehen, daß sie es aber nicht für wichtig halten, in die Versammlungen zu kommen. Nun, die Frauen, die es angeht, hören es ja gar nicht, und wenn sie es hören würden, würden sie darüber lächeln und würden sagen: im Kino ist es doch schöner. Wir müssen diese Dinge klar sehen. (Sehr richtig!) Wir können den Frauen kein Kino vorsetzen. Es ist Sache der Parteizentrale, die Gelegenheit wahrzunehmen, um auch auf diesem Wege an die Massen heranzukommen. Aber besprechen sollten wir auch das. Ich war vor nicht allzulanger Zeit nach der Gemeinderatswahl in Wien und habe dort von den Genossinnen gehört, welche Suggestivkraft es ausgeübt hat, daß in den Kinos Wiens nicht nur durch das Bild, sondern auch durch das gesprochene Wort auf die Frauen eingewirkt worden ist. Es muß

doch etwas Bestimmtes sein, daß die verheiratete Frau und Mutter auch dann, wenn ihr Einkommen verhältnismäßig klein ist und sie oft genug darben muß, ins Kino geht. Das ist zu verstehen, wenn wir uns in die Lage einer überarbeiteten, von Sorgen zermürbten Frau hineinsetzen, die sich mit verhältnismäßig wenigen Groschen im Kino einen Augenblick der Ausspannung verschafft. (Sehr wahr!) Sie weiß es gar nicht, daß ihr oft genug durch die Bilder und den Begleiteten im Kino beim Friedrichs Neg oder anderen Filmvorführungen ein Tröpflein politisches Gift eingeträufelt wird. In derselben Linie liegt es, wenn die Frauen die „Gartenlaube“, die Romane der Courts-Moher, oder die „Berliner Hausfrau“ oder die „Sächsisch Hausfrau“, die „Praktische Berlinerin“ und den „Wegweiser“ lesen. (Sehr gut! und Heiterkeit.) Das sind Dinge, die wir mit allem Moralisieren nicht aus der Welt schaffen können, mit denen wir rechnen müssen. (Sehr gut!) Wenn man sieht, wie das Bedürfnis nach Abwechslung und Ausspannung von den anderen ganz planmäßig in ihren Arbeitsmethoden berücksichtigt werden und wie sich das in der Wählerschaft auswirkt, dann sagt uns der praktische Menschenverstand, daß wir ähnlich verfahren müssen. (Sehr wahr!) Die Methoden der Arbeit haben bis zu einer gewissen Grenze nichts mit irgendwelchen Moralbegriffen zu tun. Sie sind dazu da, um mit ihnen zu einem bestimmten Erfolg zu kommen. (Zustimmung.)

Es ist Ihnen die „Frauenwelt“ vorgelegt worden. Wir liegt es vollkommen fern, zu sagen, die „Frauenwelt“ sei die Nachfolgerin der „Gleichheit“. (Sehr richtig!) Der Zweck meiner Ausführungen ist nur, Ihnen klarzumachen, wozu man die „Frauenwelt“ gebrauchen kann. (Sehr gut!) Überall ist ein Tröpflein politischen Saftes enthalten, welche Frauen- oder Familienzeitschrift Sie sich auch ansehen wollen. Und dieses beste Mittel sollten wir uns entgegen lassen? Wir wären töricht genug, wenn wir das täten. Wir dürfen nicht sagen: diese Sache ist nichts für uns. Es soll ja auch gar nichts für uns sein, sondern es soll etwas für die Partei sein. Die Zeitung ist Mittel zum Zweck. (Sehr richtig!) Wir sollten durch wohlwollende Kritik und durch tätige Mitarbeit dazu beitragen, das Unvollkommene zu bessern. Auch in dem Blatt „Die Genossin“ finden Sie die Ziffern der Entwicklung in der „Frauenwelt“. Wenn das darin Angeführte kein Erfolg ist, wenn das nicht auf das deutlichste zeigt, daß auch in den uns naheliegenderen Kreisen das Bedürfnis nach einer solchen Frauenzeitschrift vorhanden war und ist, dann weiß ich nicht, was ich sagen soll. In ganz kurzer Zeit hat die „Frauenwelt“ eine Auflage von 65 000 erreicht, und sie steigert sich ständig.

Millionen von Frauen stehen heute noch arbeitslos. Es sind die Kinobesucherinnen, die Besucherinnen der Familienblätter und Frauenblätter, die Besucherinnen der Veranstaltungen, die von Vereinen, von allen möglichen Institutionen abgehalten werden und die alle auf das seelische Bedürfnis der Frau zugeschnitten sind, die ihr etwas leichte Unterhaltung, eine Ausspannung nach ihrem arbeitsreichen und sorgenvollen Dasein gewähren, und zwar mit wenig Kosten. Das ist es, was unzählige Frauen brauchen, Hausfrauen sowohl wie arbeitende Frauen. (Sehr wahr!) Wir sollen versuchen, ganz allmählich an die Frauen heranzukommen, von denen wir wissen, daß ihr politisches Interesse noch nicht sehr groß ist. Gewiß ist es in einer politisch hochbewegten Zeit oder wenn vielleicht über die §§ 218/219 gesprochen wird, leicht, in einer Riesensammlung 100 Frauen zum Beitritt zu bewegen. Aber ob es gelingt, diese Frauen auch bei der Sozialdemokratie zu halten und sie zu bewußten Kämpferinnen für den Sozialismus zu erziehen, das ist eine andere Frage, deren Lösung wir nicht vernachlässigen sollen.

Wenn Sie in Ihre Bezirke zurückkehren und dort Bericht erstatten, dann sollen Sie nicht nur einen Anlauf nehmen, um in die Arbeit wieder

hineinzukommen, und dann, wenn der Sekretär andere Dinge im Kopf hat, etwa lahm werden, weil nicht gleich ein Erfolg erzielt wird und Ihnen nicht die genügende Unterstützung zuteil wird. Wer in dem Heer der indifferenten Frauen, auf deren Stimme es bei den Wahlen ankommt und die wir zu bewussten Kämpferinnen für den Sozialismus erziehen wollen, etwas erreichen will, der muß sich daran gewöhnen, stetig zu arbeiten, Tag für Tag, ohne einen Augenblick aufzuhören. (Sehr wahr!) Ich komme oft genug in die Frauenkonferenzen draußen in den Bezirken, und ich kenne meine Bezirke ganz genau. Da wird mir oft gesagt: seit 2 Jahren haben wir keine Frauenkonferenz mehr gehabt; nun aber wollen wir wieder an die Arbeit gehen. (Hört, hört!) Ja, muß denn immer der Aufstand der Arbeit eine Frauenkonferenz sein? Kann man sich nicht in einer kleinen Gruppe zusammensetzen, einen Plan entwerfen und diesen Plan nun auch verfolgen, um dann aus der Arbeit heraus wieder neue Pläne zu schmieden, die aufs neue verfolgt werden?

Mit unserer Tätigkeit auf kulturellem Gebiet, auf dem Gebiete der Schulpolitik, der Erziehung der Massen dürfen wir auch nicht hinter dem Berge halten, sondern sollen es in das Licht der Öffentlichkeit bringen, damit von der Sozialdemokratischen Partei mit der größten Achtung gesprochen werden muß. Hier liegt ein Stück Arbeit für die Frauen. Ich bin weit davon entfernt, den Frauen etwa ein besonderes abgeschichtetes Arbeitsfeld in der Partei zuzusprechen zu wollen. Sowohl in der Partei wie im gesamten öffentlichen Leben sollte sich jeder nach seinen Neigungen und Anlagen betätigen können. (Sehr richtig!)

Nun möchte ich einmal an Hand der Anträge davon sprechen, welche besonderen Wünsche die Frauen eigentlich haben. Da handelt es sich zunächst um zwei Anträge, die verlangen, daß neben der „Frauenwelt“ eine „Frauenkorrespondenz“ erscheinen soll. Dieser Wunsch ist hervorgerufen durch das Eingehen der „Gleichheit“. Es ist ja nun ganz klar, daß die „Gleichheit“ einen Ersatz in irgendeiner Form finden mußte, sobald nur die Verhältnisse es irgend gestatteten. Deshalb ist der Wunsch nach einer „Frauenkorrespondenz“, der mir auch öfter mündlich vorgetragen worden ist, verständlich. Aber ich glaube, diese beiden Anträge können aus zwei Gründen zurückgezogen werden. Der „Parlamentsdienst“ gibt von sich aus eine „Frauenkorrespondenz“ heraus, in der Artikel von Frauen und über die Probleme erscheinen, für die sich die Frauen ganz besonders interessieren. Aus dieser „Frauenkorrespondenz“ können sich die Genossinnen informieren und auch selbständig mitarbeiten. Aber darüber hinaus haben wir noch ein Informationsblatt für die arbeitenden Genossinnen herausgegeben. Was will dieses „Informationsblatt“? Aus den vielen Briefen, die ich als Vertreterin des Parteivorstandes bekommen habe, geht hervor, daß die Frauen andauernd verlangen, etwas über die Fortschritte der Frauenbewegung im In- und Auslande zu erfahren und über die Gesetzgebung, soweit es sich um bestimmte Gebiete handelt, dauernd unterrichtet zu werden. Die Genossinnen wollen über das unterrichtet werden, was die Partei im Reichstage für die Frauen tut. Sie wollen in einer Zusammenstellung alles das bekommen, was an Anträgen von der Fraktion der Regierung und dem Reichstage überreicht wird. Ebenso steht es mit den Landtagen. Ich habe oft zu einer Arbeit darunter gelitten, daß ich nicht wußte, wie die Ausführungsbestimmungen z. B. zum Jugendwohlfahrtsgesetz in Thüringen oder Baden und Hessen ausfallen. Ueber Landtagsbeschlüsse, die für die arbeitenden Frauen ein besonderes Interesse haben, muß auch in populärer Darstellung in diesem Blättchen berichtet werden, damit eine Genossin, die sich einmal im Frauenabend ohne Referenten behelfen muß, auch Material hat. Ich selbst wünsche, daß das oft geschieht. (Sehr gut!) Ich bekomme wunderschöne Berichte

von Genossinnen aus Sachsen und Thüringen, deren Frauenabende gut gelungen sind, obwohl der Referent sie im Stich gelassen hat, indem sie einfach die Besprechung des Leitartikels einer Tageszeitung vornahmen. Wir müssen in der Arbeit lernen, daß die Frauen, die zu uns gehören, die vielleicht schon seit Jahren treuziehende Mitglieder sind, nicht immer in Vorträgen weit über alle möglichen Gefühle des geistigen Lebens weggeführt werden wollen, sondern, daß es unsere Aufgabe ist, ihnen den unmittelbaren Kontakt mit der geistigen Strömung der Zeit zu vermitteln, damit sie das Gefühl bekommen, an dem geistigen Leben teilzuhaben. Durch geschickte Behandlung müssen wir die Frauen dazu bringen, daß sie sich ohne stundenlange Referate an der Ausgestaltung des Abends selbst beteiligen. Die neue Zeitschrift mit Berichten aus dem Reichstag, den Landtagen und Gemeindeparlamenten, die Ihnen regelmäßig zugehen soll, soll das geistige Leben in den Frauen so fördern helfen, daß aus den Frauenabenden Arbeitsgemeinschaften werden, die lebhaft und dauernd sich mit den Stoffen der Gesetzgebung beschäftigen.

Zu diesem Material gehören auch Berichte aus unserer Arbeit selbst. Als noch die Genossin Jettin die „Gleichheit“ redigierte, ist mir oft von Genossinnen gesagt worden, daß sie am liebsten die Berichte aus unserer Bewegung lesen. Das trifft auch heute noch zu. Diese Berichte aber müssen von Ihnen geschrieben werden. Sie selbst als Vertreterinnen der Bezirke haben die Pflicht, mindestens alle Vierteljahre zu berichten, wie Sie die Arbeit ausgezogen, mit welchen besonderen Arbeitsmethoden Sie einen Erfolg erzielt haben, der sich am Ende eines Vierteljahres zahlenmäßig ausdrücken läßt, der aber auch die Darstellung der Lebendigkeit des geistigen Lebens unter den Frauen geben kann.

Wir sind eine Partei der Internationale, wollen wissen, was in der Welt vorgeht, und lesen als politisch interessierte Frauen in erster Reihe den Leitartikel und die Berichte aus dem Ausland. Wir wissen, daß es von den Noten und Manifesten, Regierungsäußerungen und Entschlüssen abhängt, ob in den Haushaltungen unserer Arbeiter zu jeder Zeit ein Stück Brot für unsere Kinder vorhanden ist, daß von der Außenpolitik Wohl und Wehe des deutschen Volkes abhängt. Das tun wir, aber die Frauen, die noch nicht in diesem Maße politische Zeitungen zu lesen gewöhnt sind, denen wir immer wieder ohne sichtbaren Erfolg ein Exemplar unserer Parteizeitung geben, wissen noch nicht, was sie mit diesen Berichten aus dem Ausland anfangen sollen. Unsere Genossinnen müssen lernen, selbst über diese Dinge einfach und natürlich zu sprechen, deshalb müssen diese Fragen in Frauenzusammenkünften besprochen werden. Die Frauen erhalten doch heute und erhielten ganz besonders in der Infanzionszeit ihre politische Nahrung in den Grünkrämläden usw., wo immer gesagt wird, daß nur deshalb das Fleisch so teuer ist, weil in der Regierung Menschen sitzen, die nichts vom Regieren verstehen, weil ein Sattler Reichspräsident und ein Handlungsgehilfe Reichskanzler ist, und weil irgendwelche hergelakusenen Menschen wichtige Ministerposten inne haben, und daß das unter Wilhelm II. ganz anders gewesen sei. Diese Form der Agitation, über die wir, die wir hier sitzen, nur ein mitleidiges Lächeln haben, hat in den vier oder fünf Jahren ihren Eindruck auf die eintausenden Frauen in den Grünkrämläden nie verfehlt, wo sie mit ihrem schlecht gefüllten Portemonnaie standen und etwas kaufen wollten, während sich oft ihr Geld vom Abend bis zum Morgen so verringert hatte, daß es nicht zum Notwendigsten reichte. Demgegenüber müssen wir, wie vorher angedeutet, ein Heer von Frauen erziehen, die als Käuferinnen, als Arbeitskolleginnen ein Wörtchen mitreden. Wenn solche läppißen Äußerungen gemacht werden, müssen sie einen derben Trumpp darauf setzen können, wodurch die Käuferin, die daneben steht, zum Nachdenken angeregt wird. Denen, die politische Brunnenergiftung treiben, die uns das Wahlrecht niemals gegeben hätten,

muß gleichzeitig gezeigt werden, daß die Sozialdemokratie ein Heer von Frauen geschult hat, das die Konkurrenz mit dieser Art Agitation aufnehmen kann.

Dazu soll uns die Zeitung dienen.

Ein Probeexemplar liegt Ihnen vor. Aber ein solches Blatt kann nicht am Leben erhalten bleiben, ohne die tätige Mithilfe der praktisch arbeitenden Frauen aus den Bezirken. (Sehr wahr!) Das „Informationsblatt“ soll monatlich mindestens einmal erscheinen. Es wird von Ihnen abhängen, wie Sie mit Ihren Ratschlägen und mit Ihrer Mitarbeit dazu beitragen werden, um durch die über das ganze Reich zu verbreitende Kenntnis einer guten Arbeits- und Agitationsmethode weiter zu wirken für die Partei. Es war allerdings nicht die Absicht, uns in diesem Blatt mit großen politischen Problemen zu beschäftigen, sondern es soll mehr der praktischen Arbeit gewidmet sein.

Erschöpfend kann wohl niemals ein Vortrag sein. Die Dinge erscheinen so einfach, und doch handelt es sich für uns um Sein oder Nichtsein. Er kann nur Anregung sein zu weiterem Arbeiten, er kann Anregungen enthalten, die sich in lebendiger Arbeit auswirken sollen. Dieses neue Blatt aber soll zu dem geistigen Band werden, das uns das Gefühl der Zusammengehörigkeit gibt. Wir wollen die Aufgaben, die uns unbeschadet aller anderen Interessen hier erwachsen, in ihrer ganzen Totalität erfassen. Denn alles, was wir innerhalb der Partei tun, ist eine Arbeit für die Frauen im einzelnen, für die Frauenbewegung im ganzen und für den Sozialismus. (Bravo! und Händeklatschen.)

Vorsitzende Frau Kemik: Es sind weiter die folgenden Anträge eingegangen:

Die Frauenkonferenz des Unterbezirks Elberfeld sieht in der neu herausgegebenen Frauenzeitung kein Organ, das sich zur sozialistischen Schulung der Frauen eignet. Die Konferenz erwartet an Stelle dieses bürgerlichen Hausfrauenorgans das Wiedererscheinen der „Gleichheit“ in ihrer früheren Aufmachung. Sie fordert deshalb die Delegierten der Reichsfrauenkonferenz auf, dahin zu entscheiden, daß ein der politischen Aufklärung dienendes Frauenorgan („Gleichheit“) noch in dem jetzigen Wahlkampfe an Stelle der („Frauenzeitung“) durch die Partei herausgegeben wird. Nur so kann die so notwendige politische Aufklärung in die Frauengänge getragen und spätere Erfolge bei Wahlen vorbereitet werden.

Frauenkonferenz des Unterbezirks Elberfeld.

Die am 5. März 1924 versammelten Distriktsführerinnen in Düsseldorf lehnen die neue Zeitschrift „Frauenwelt“ ab und sind nicht gewillt, in eine Agitation für das Blatt in dieser Aufmachung einzutreten. Die tätigen Frauen verlangen ein Blatt mit aufklärenden schulenden Artikeln, ein Blatt, das Anregungen der Genossinnen vom ganzen Reiche bringt und vermittelt.

Hierauf tritt die Mittagspause ein.

Vorsitzende Frau Rynek: Wir treten in die Aussprache über das Referat ein.

Zils-Breslau: Aus den gewonnenen Erfahrungen der praktischen Arbeit erscheint es mir richtig, nicht mit allzu großen Ansprüchen an die Frauen heranzutreten.

Es erfüllt mich mit einem gewissen Schmerz, daß ein gewisser Gegensatz zwischen Männern und Frauen in der Organisation besteht. Die Frauen sind in diesen Dingen zu empfindlich. Es wirkt ermüdend auf die Männer, wenn man keine Gelegenheit vorbeiziehen läßt, ohne zu sagen „und die Frauen!“ Selbstverständlich hat jede von uns den dringenden Wunsch, daß möglichst viele Frauen an verantwortungsvollen Stellen stehen, die für Frauen von besonderem

Interesse sind. Wir dürfen aber bei der Aufstellung von Kandidatenlisten nicht besondere Berücksichtigung verlangen, nur darum, weil wir Frauen benennen. Die Frauen müssen sich, was noch nicht überall der Fall ist, daran gewöhnen, daß sie nur nominiert werden dürfen, wenn sie so geeignet sind wie die Männer. Daß das nicht durchweg so ist, liegt daran, daß die aktive Mitarbeit der Männer älter und noch keine so große Anzahl von Frauen vorhanden ist, um § 5 des Organisationsstatuts überall zu entsprechen. Ich habe gegen § 5 große Bedenken und halte es nicht für den Ausdruck der Gleichberechtigung, daß man die Frau in Verhältnis ihrer Zahl und nicht nur nach ihrer Fähigkeit berücksichtigt. (Sehr richtig!) Aus der Ortsorganisation Breslau, aus Mittel- und Obereschlesien kann ich berichten, daß die Genossen den Frauen keine Schwierigkeiten machen.

Wir müssen die Dinge, die uns bewegen, zur Kenntnis der Gesamtpartei bringen, weil erst das ein gegenseitiges Entgegenkommen und erfolgreiches Arbeiten gewährleistet. (Bravo! und Händeklatschen.)

Kurfürst-Kiel: Ich glaube, daß niemand von den Wahlen befriedigt ist. Das liegt m. E. daran, daß die Frauen infolge der schlechten wirtschaftlichen Lage müde geworden sind und nur instinktiv fühlen, das es früher besser war. Da sie nicht nach der Ursache fragen, neigen sie so sehr nach rechts. Wenn wir besser an die Frauen herantreten können, werden wir auch bessere Erfolge haben. In einer kleinen Gemeinde bei Kiel haben wir diesen Winter besonders für die Alten und Kranken gesorgt, da wir dort einen sozialdemokratischen Gemeindevorsteher hatten. Die Leute haben selbst zugegeben, daß früher nicht so für sie gesorgt worden sei. Wenn wir so arbeiten, wird unsere Arbeit für uns zeugen. Leider haben wir nicht immer genügend Kräfte zur Verfügung, und viele sind bereit, zu kritisieren, aber nicht selber mitzuarbeiten. (Sehr richtig!)

Frau Judacz erwähnt, daß man nicht nur alle 2 Jahre auf Konferenzen arbeiten sollte, sondern dauernd. In den letzten Jahren haben uns die schlechten wirtschaftlichen Verhältnisse daran gehindert. Wir hatten nicht einmal die Mittel, uns ein Zimmer zu leisten, und konnten daher keine Versammlung abhalten. Auch wurde uns gesagt, daß wir dafür kein Geld bekommen können. Ich hoffe, da sich die Verhältnisse gebessert haben, daß wir jetzt stetig arbeiten können. Aber wir brauchen Material und Mittel. Dann werden wir arbeiten und der Erfolg wird nicht ausbleiben. (Beifall.)

Vorsitzende Frau Rynek: Es ist folgender Antrag eingegangen:

Die Sozialdemokratische Frauenkonferenz hält es für selbstverständlich, daß durch Aufhebung der Beamtenabbauverordnung die verhältnismäßige Gleichberechtigung der weiblichen Beamten wiederhergestellt wird. Sie erachtet den Parteivorstand und die Reichsagitationsfraktion, die Bestrebungen gegen die Ausnahmebestimmungen gegen weibliche Beamte auch für die Zukunft aufrechtzuerhalten, als Bruch der Reichsverfassung zu brandmarken und ihnen auf das energischste entgegenzuwirken. W a c h e n h e i m.

Frau Jabe-Hamburg: Durch das Referat der Genossin Judacz wird den Antragstellerinnen, die eine so herbe Kritik über „Die Frauenwelt“ fällen, wohl ein Licht ausgegangen sein, daß sie im Unrecht sind. (Sehr richtig!) Es geht nicht danach, was einzelne wollen, sondern was die breiten Massen bedürfen.

Vor allen Dingen zu unserem Antrag Hamburg. Ein paar Fragen möchte ich noch aufwerfen, die brennend sind. Sie wissen, daß in weiten Kreisen der Frauenwelt Aufregung herrscht über die Bestrafungen, die in Württemberg, Berlin, Hamburg und im übrigen Deutschland auf Grund des § 218 erfolgt sind. Dieses Thema muß im ganzen Lande in den Mittelpunkt gestellt werden und mit aller Macht dafür gekämpft werden. (Sehr richtig!) Leider ist in

unseren Reihen nicht überall das genügende Verständnis für diese Frage vorhanden. Wir dürfen gegenüber anderen Ländern nicht zurückstehen. In England, Frankreich, Dänemark, Rußland dürfen die Frauen in den ersten drei Monaten, wenn sie einen Arzt hinzuziehen, die Schwangerschaft unterbrechen. Das ist das Mindeste, aber für uns auch das Zweckmäßigste, wenn wir das Ziel im Auge behalten.

In der Zeit der größten Not haben wir uns in Hamburg in allen Distrikten zusammengetan und Handarbeitsabende eingerichtet, die sich glänzend bewährt haben. Auch dazu haben wir keine Mittel gebraucht. Diese Abende sind gewissermaßen das Rückgrat für unsere Frauenversammlungen. Ich möchte bitten, daß wir uns alle neuzeitlich einstellen und neuzeitlich arbeiten im Sinne unserer Frauenbewegung, damit diese bald alle anderen Frauenbewegungen weit über-tönt. (Beifall.)

Frau Hegler-Heilbronn: Der Frauenausschuß von Württemberg hat mich beauftragt, den Antrag zu begründen, der die Aufstellung der Frauen für die Reichs- und Landtagswahlen betrifft. Der Agitationsausschuß der Frauengruppe von Württemberg stellt mit Entrüstung fest, daß bei der Aufstellung der Kandidatenlisten die Frauen zu wenig berücksichtigt sind. Die Zahl unserer Vertreterinnen ist auf 11 Abgeordnete im Reichstag zurückgegangen. Unsere Partei, die als erste für die Gleichberechtigung der Frau eingetreten ist, müßte die Frauen in stärkerer Maße zur Mitarbeit heranziehen. Wir hoffen, daß die Frauenkonferenz sich unserm Protest anschließt und ihn bei den maßgebenden Stellen bekanntmacht.

Die Demokratie innerhalb der Partei ist ein Grundgesetz, von dem wir Achtung haben müssen. Ich möchte hierbei auf die Verhältnisse in Württemberg eingehen. Nirgends ist jedenfalls so viel gegen die Demokratie gesündigt worden wie hier, wo man über das Statut hinweggegangen ist, wonach der Landesparteitag die letzte Entscheidung über die Aufstellung der Kandidaten hat. Die Zentralkleitung hat allein eine Liste aufgestellt.

Gestatten Sie mir zum Schluß noch einige Worte zu unserm zweiten Antrag, eine „Partei-korrespondenz“ herauszugeben. Genossin Suchacz hat empfohlen, diesen Antrag zurückzuziehen, da diesem Wunsche schon entsprochen worden sei. Ich ziehe hiermit unsern Antrag zurück. Ich möchte ganz besonders unsere Genossin Suchacz bitten, mit Energie innerhalb der Reichszentrale für uns württembergische Frauen einzustehen. (Beifall.)

Christmann-Barmen: Ich möchte zunächst zu dem Antrage sprechen, der vom Unterbezirk Elberfeld zur „Frauenwelt“ gestellt worden ist. Wir ziehen diesen Antrag zurück, da er überholt ist. Heute Morgen kam eine gewisse Entrüstung darüber zum Ausdruck, daß der Antrag in so scharfer Form abgefaßt worden ist. Ich gebe das zu. Aber man muß berücksichtigen, unter welchen Umständen solche Anträge zustande kommen. Wir standen in der Wahlbewegung, und wir Frauen wußten, daß die Frauen diesmal ganz bestimmt weniger sozialistisch wählen würden, als es sonst der Fall war, weil in Zeiten der wirtschaftlichen Not die Frauen viel mehr als die Männer sich durch die Agitationen extremer Parteien beeinflussen lassen. In diesem Moment stellte nun die „Gleichheit“ ihr Erscheinen ein, und unsern Genossinnen fehlte jedes Agitationsmaterial.

Genossin Suchacz sagte, wir müßten uns selbst erziehen, wenn wir andere erziehen wollen. In dieser Beziehung mangelt es sehr oft. (Sehr wahr!) Es ist nicht notwendig, daß wir immer über die Männer schimpfen und sagen, sie seien schuld, daß es in der Frauenbewegung nicht vorangehe. (Sehr wahr!) Ein gut Teil Schuld liegt auch bei uns selbst. Der kameradschaftliche Geist, von dem Genossin Suchacz sprach, fehlt unter uns Frauen. (Sehr richtig!)

Einige Worte zu der „Genossin“. Diese Zeitschrift ist sehr gut für die Funktionärinnen zu gebrauchen, weil sie das bringt, was sich in der Presse an den verschiedenen Stellen zerstreut findet. Aber ich möchte noch einen praktischen Fingerzeig geben. Die Genossin Suchacz jagte, sie habe es oft sehr bitter empfunden, daß sie aus den Landparlamenten absolut keine Nachrichten über diesen oder jenen Geseßentwurf erhalte. Da wäre es notwendig, daß die Arbeiterinnen der „Genossin“ sich mit den Arbeitsausschüssen innerhalb der Parla-mente in Verbindung setzt.

Todenhagen-Berlin: Nachdem der Parteitag in dem neuen Statut der Partei den Frauen bezüglich der Demokratie fast bis an die Grenze der Galanterie entgegengekommen ist, sollten doch ein für allemal Diskussionen über die Frage der Kameradschaftlichkeit und das Entgegenkommen der Männer gegenüber den Frauen aufhören. (Rufe: Oho!) Im Statut wird bestimmt, daß überall den Frauen entsprechend der Zahl ihrer Mitgliedschaft Vorkandsidate zuerkannt werden müssen. Das kann unter Umständen eine Organisation in die Zwangslage versetzen, eine Frau, die vielleicht noch nicht ganz geeignet ist, an einen solchen Platz zu stellen. Das ist natürlich kein Schade; sie wird sich die erforderliche Fähigkeit in der Arbeit erwerben.

Obwohl ich persönlich mich nicht ganz zu der „Frauenwelt“ bekenne, weil sie mir nichts bieten kann, so muß ich doch sagen: der Erfolg beweist, daß die Partei auf dem richtigen Wege ist, wenn sie die Indifferenten erfassen will. Ich unterscheide da zwischen den Indifferenten, die noch draußen stehen, und dem Indifferenten, die wir in der Partei haben. Die Zahl der Leserinnen in Berlin entspricht, glaube ich, ungefähr dem Stande der weiblichen Mitgliedschaft. Aber dann sind wir doch noch nicht an die Indifferenten, die außerhalb der Partei stehen, herangekommen. Um diese zu erfassen, werden wir zu besonderem Zeitungs-dienst in den einzelnen Bezirken kommen müssen. Die „Genossin“ muß eine Erweiterung nach der Seite hin erfahren, daß neben den sachlichen Mitteilungen für die Funktionärinnen auch grundsätzliche Fragen erörtert werden, sonst verliert die Frauenbewegung oder geht in der Tagespolitik unter. Die intellektuellste Erziehung zum Sozialismus darf unter keinen Umständen leiden. Die „Gleichheit“ konnte sich dieser Frage in vollem Umfange widmen. Aber heute besteht ohne Zweifel ein Mangel in dieser Beziehung.

Ich habe den Wunsch, daß die „Genossin“ sich nach der Richtung hin entwickeln möge, daß sie uns in jeder Nummer wenigstens einen grundsätzlichen Artikel bringt. Ich wünsche ferner, daß die Tagespresse mehr von uns in Anspruch genommen wird und daß sie ausreichend in den Dienst der Reklame für unsere Arbeit gestellt wird. (Beifall.)

Hoereth-Menge-München: Zwei Gedanken, die Genossin Suchacz in ihrem Referat zum Ausdruck gebracht hat, möchte ich unterstreichen. Genossin Suchacz sprach davon, daß die Gedanken des Bebel'schen Buches „Die Frau“ trotz seiner starken Auflage so wenig zur Revolutionierung der Herzen und Köpfe der Frauen beigetragen habe. Ich kann mir das nur dadurch erklären, daß eben die wirtschaftlichen Grundlagen, die zu einer geistigen Umstellung nötig sind, nicht vorhanden waren. (Sehr richtig!) Darum möchte ich die Frauen bitten, ihren Einfluß überall dahin geltend zu machen, daß durch die Gestaltung der Geseßgebung die ökonomische Freiheit der Frauen immer größer wird.

In der Zeit der Not, des Mangels an Arbeitskräften hat man die Frauen herangezogen, will sie aber jetzt wieder beiseite schieben. (Sehr richtig!) Das geschieht, ohne daß eigentlich der starke Protest aus den Reihen der Sozialdemokratie gekommen wäre, der hätte kommen müssen. (Sehr richtig!) Wir sind doch nur die Vorkämpferinnen für das große Heer der Frauen, die um ihre wirtschaftliche Gleichstellung, um ihre wirt-

schäftliche Freiheit ringen, um dann die geistige Freiheit zu erlangen. Wenn wie in Bayern auf Grund einer ministeriellen Verordnung nicht nur die beamtenrechtlichen Gesetzesbestimmungen aufgehoben werden, sondern auch die Verfassung gebrochen wird, ohne daß dagegen etwas geschieht, wenn ein Abbau der verheirateten Beamtinnen erfolgt, wenn man Beamtinnen, die 30 Jahre ihre Pflicht getan haben, einfach auf die Straße setzt, ohne daß von der Sozialdemokratie scharfer Protest dagegen erhoben wird, dann ist das ein Zeichen dafür, daß die Gleichberechtigung der Frau in vieler Beziehung nur auf dem Papier steht. (Lebhafte Zustimmung.) Wir als der Vortrupp des Kampfes um die Frauenrechte müssen alle uns zu Gebote stehenden Mittel anwenden, um das zu verhindern.

Wenn z. B. in Bayern so viele deutschösterreichisch gewählt haben, so stammt ein großer Teil der deutschösterreichischen Wähler aus den Kreisen dieser jungen Leute, die infolge ihrer Jugend leichter der Beeinflussung unterliegen. Wenn in München die Deutschösterreichischen außerdem so viele Frauenstimmen bekommen haben, so erklärt sich das aus der Erziehung zum Wunderglauben, die entweder die Wähler in die Arme der bayerischen Volkspartei mit ihrer religiösen Ideologie treibt oder, wenn sie den Glauben an diese verloren haben, dem suggestiven Einfluß eines Adolf Hitler unterliegen läßt, der mit beredten Worten die nationalistiche Ideologie zu Hilfe nimmt und den Leuten vormacht, er wäre der Retter und Heiland Deutschlands, der aller Not ein Ende machen könne.

Wenn wir die Frage der Erziehung so beachten, werden wir in der Frauenbewegung vorwärtstommen. Zum Schluß noch die Bemerkung, daß ich die „Genossin“ für eine gute Materialsammlung halte, die „Frauenwelt“ wird in Münchener Genossinnenkreisen mit Sehnsucht erwartet und mit Interesse und Liebe gelesen. (Bravo! und Händeklatschen.)

Frau Dr. Wegscheider: Es freut mich, den Dresdner Antrag empfehlen zu können, der allen Verantwortlichen in der Partei und besonders den Frauen den Kampf gegen den Alkohol zur Pflicht macht; die Vorbedingung der Befreiung der Menschen und der Frauen besonders. Der Antrag liegt auf der Linie, die uns heute die Genossin Judacz zeigte, daß wir das positive Element in unserer Arbeit beachten müssen. Nichts macht uns Frauen das Leben so schwer, als unsere Ehegesetzgebung, die sexuelle Gesetzgebung, der matte Kampf gegen die Geschlechtskrankheiten und Prostitution, die Gleichgültigkeit der Männer gegenüber dem Eintritt der Frau und auch junger Frauen in das öffentliche Leben, ohne daß die Männer ihre Sitten dem anpassen. In weiten Kreisen, durchaus nicht besonders in unserer Partei, wiegt die Vorliebe der Männerwelt für Zoten vor, verlehend ist die Herabziehung heiliger und geschlechtlicher Dinge, die wir noch nicht zu bekämpfen angefangen haben. In dieser Aufgabe ist uns der Kampf gegen den Alkoholismus eine notwendige Waffe. Alle Landtagsparlamente und auch der Reichstag sollten ihr Anträge zur Bekämpfung des Alkoholismus immer wieder stellen, damit diese Sache nicht aus dem Bewußtsein entschwindet. Wie sollen wir die wichtige Frage der Verhütung und Freigabe der Abtreibung der Leibesfrucht in den ersten drei Monaten ernsthaft behandeln, wenn wir nicht die ganze Breite des sexuellen Lebens unter dem höheren Gesichtspunkt des Wesens und der Natur des Menschen, des weiblichen und des männlichen, des Kindes und des Erwachsenen betrachten. Unmöglich können wir die Niedertierheit unserer gesellschaftlichen Sitten so weiter wuchern lassen. (Sehr richtig!) Außerdem ist es eine Schande, daß wir Nahrungsmittel als Bier und Schnaps vergoren genießen, so lange wir vom Ausstahl verlangen, daß es unsere hungernen Kinder nährt. (Sehr richtig!) Wir haben in diese Dinge durch die Ausstellung des Arbeiter-Abstinenzbundes auf dem Parteitag einen sehr schönen Einblick er-

halten. Dieser Bund kann uns in den meisten Gegenden mit Referenten versehen. Wir wollen die älteren Menschen gar nicht zu einer Verringerung ihrer Lebensgenüßlichkeiten bringen, was wir auch nicht erreichen würden; aber die Jugend will anders leben und die Frauen zum großen Teil auch, und das wollen wir hüten und ausbauen. Es ist nicht richtig, daß erzieherische Fragen ohne Beachtung der Alkoholfrage behandelt werden.

Wenn wir so in das Wesen der Frau eindringen, werden wir auch zum Erfolge kommen. (Bravo!)

Thümmel-Dresden: Wir hören immer die früheren Klagen über den Indifferentismus der Frauen, die mangelnde Erziehung und Selbstbildung und nicht zu erst die immer wiederkehrende Klage, daß ein großer Teil der Hemmnisse leider unsere eignen Genossen bilden. Das ist bezeichnend für unsern künftigen Weg. Durch Ungunst der Verhältnisse konnte diese Konferenz nicht vor den Reichstagswahlen abgehalten werden, wir können nur Rückblick und Ausblick in die Zukunft halten.

Die Genossin Judacz hat zum Vergleich, wie Frauen wählen, den Vertretern aus Sachsen unbekanntes Ort Dittersbach gewählt. Als Vergleich hätte sie lieber Leipzig, Dresden oder Berlin anführen sollen. Es fragt sich auch noch, wie die Männer gewählt haben. (Sehr gut!) Als Erfolg darf ich darauf hinweisen, daß unser Bezirk Ostachsen zwei Genossinnen in den Reichstag geschickt hat. (Bravo!)

An der „Frauenwelt“ will ich nicht kritisieren, wenn sie als Blatt für die Indifferenten gedacht ist. Unsere Genossinnen haben noch nicht vergessen, daß die „Gleichheit“, wie sie früher war, sehr viel, wenn nicht alles dazu beigetragen hat, überhaupt Sozialistinnen zu erziehen. (Sehr richtig!) Hoffentlich wird in der „Genossin“ ein halbwegs gleichwertiger Ersatz für die schmerzlich vermißte „Gleichheit“ geschaffen.

Unter der Regierung Zeigner hat Sachsen eine Amnestie für die Vergehen gegen § 218 St. G. B. erlassen. Im Landtag haben deutschnationale Juristen und Christen alles aufgeboten, um diese Amnestie zu verhindern. Daß es uns trotzdem gelungen ist, die Amnestie durchzudrücken, ist ein Beweis für den Wert proletarischer Mehrheiten in den einzelnen Landtagen. Eine Amnestie ist nur eine vorübergehende Erscheinung. Aufgabe der Genossinnen im Reichstag wird es sein, mit dem Fallen dieses Paragraphen endlich die Selbständigkeit der Frau dem Staat gegenüber zu beweisen. (Sehr richtig! und Händeklatschen!)

Frau Selbst-Niederzwehren: In dem Parteivorstandsbericht ist auf die gute Aufgeziffer der „Frauenwelt“ besonders hingewiesen worden. Wenn eine Reihe von Bezirken diesen Anforderungen noch nicht ganz entspricht, so deshalb, weil diese Bezirke eine viel schlechtere wirtschaftliche Struktur aufzuweisen haben als die übrigen und viele proletarische Frauen infolge des ungeheuer geringen Wochenlohns diese paar Pfennige nicht aufzubringen vermögen.

Die erste Nummer der „Genossin“ läßt noch kein abschließendes Urteil zu. Ich bin nicht der Auffassung wie die Genossin Lodenhagen, daß die Auseinandersetzung über grundsätzliche Fragen in dieses Blatt gehören; dafür ist die Tagespresse da. Die Aufmachung der ersten Nummer berechtigt zu den besten Hoffnungen für die Ausgestaltung dieses Blattes im Sinne einer Funktionärinnenkorrespondenz.

Zum Schluß möchte ich den Warnungsruf ergehen lassen und Sie auf den großen Gesichtspunkt hinweisen, daß von der deutschösterreichischen Partei und zum Teil von den Deutschnationalen das Frauenwahlrecht wieder in den Drusus geworfen werden soll. Wir sozialistischen Frauen, wir betonen das mit aller Schärfe, werden uns dieses Mitbestimmungsrecht im gesellschaftlichen und politischen Leben

aber niemals wieder entreißen lassen, und wenn wir es mit den Zähnen verteidigen müssen, das rufen wir heute jenen Parteien von dieser Stelle aus zu. (Bravo! und Händeklatschen.)

Frau Seifert-Pirna: Der achte Unterbezirk aus Sachsen hatte schon vor einigen Monaten einen Antrag eingereicht, den § 218 auf die Tagesordnung zu setzen. Wir waren heute damit einverstanden, daß es nicht geschah, weil keine genügenden Vorarbeiten dafür getroffen waren. Es müßte mindestens ein Referent da sein, der das Gebiet richtig behandelt. Wir Frauen uns aber, daß noch ein Antrag gekommen ist, in dem § 218 behandelt wird.

Wir waren der Meinung, daß eine Frauentagung der Sozialdemokratischen Partei vor einem Parteitag stattzufinden hat. Das war erst geplant, ist aber leider geändert worden. Wenn eine Konferenz positive Arbeit leisten soll, muß diese in dem Parteitag wiederklängen. Ich möchte die Anregung für künftig geben, daß die Frauentagung vor dem Parteitag stattfindet.

Die Frage des § 218 hat Genosse Radbruch in einer Broschüre eingehend behandelt. Sie wissen, woher es kommt, daß soviel Frauen der Abtreibung verfallen. Daran ist die wirtschaftliche Lage, die Wohnungsnot usw. schuld. Wir müssen uns in aller Deffentlichkeit gegen das Kurpfuschertum auf diesem Gebiete wenden. (Sehr richtig!) Es muß ein Gesetz geschaffen werden, das gegen das Kurpfuschertum vorgeht. Wir fordern eine fachärztliche Behandlung, die die Gesundheit der Frau gewährleistet. Genosse Zeigner ist der einzige gewesen, der den proletarischen Räten Rechnung getragen hat, indem er eine Amnestie erließ. Das hat gerade bei den proletarischen Massen lebhaften Beifall gefunden, weil diese in erster Linie hier in Frage kommen. Die besser situierte Frau hat ihren Hausarzt. Die Frau muß das Recht auf ihren Körper haben.

Heute ist hier eine Sammlung durch die Deutsche Rotkiste unternommen worden. Ich frage die Konferenzleitung, wie das möglich ist. Wir Sachsen lehnen die bürgerliche Bettelstuppenpolitik ab. (Bravo!) Wenn man schon einmal sammeln gehen muß, soll das durch den Arbeiterwohlfahrtsausschuß geschehen, und nicht zusammen mit den bürgerlichen Parteien. (Lebhafter Beifall.)

Frau Sachs-Altenburg: Wir könnten jetzt die Diskussion schließen, wenn nicht auf gewerkschaftlichem und genossenschaftlichem Gebiet noch manches zu sagen wäre. Ich gehöre nicht zu denen, die im § 5 unseres Statuts eine Vorrangstellung der Frau erblicken. Solange den Frauen nicht Gelegenheit gegeben wird, in allen Körperschaften ihre Fähigkeiten zu entwickeln, so lange brauchen wir solche Bestimmung. (Sehr richtig!) Wir Frauen müssen in unserer Partei selbst den Kampf führen. Wenn man entdeckt, daß in irgendeiner Genossin ein guter Kern steckt, muß man das zu wecken versuchen und die Frauen in die Körperschaften bringen, wo sie sich entwickeln können. Ich denke dabei an die Tätigkeit im Parlament. Wenn wir Frauen in den Parlamenten haben, wo sie sich geschäftig betätigen können, werden wir dem Sozialismus dienen.

Ein Beispiel dafür, wie die bürgerlichen Parteien sich zu Frauenwahlen einstellen. Sie wissen, daß wir in Thüringen auf kulturellem Gebiet fortschrittlich gewesen sind insofern, als wir einen Schulmann und Minister hatten, der für die Gleichberechtigung der Frau im Schulwesen eingetreten ist. Als wir uns jetzt im Ausschuß darüber unterhielten, daß man in Thüringen nach dem Eintritt der reaktionären Regierung die wenigen weiblichen Kräfte abgebaut hat, erklärten die Wölflingen, daß sie sich niemals unter den Einfluß einer Frau stellen würden. Die Wölflingen wollen die Frauen zur Ausübung des Wahlrechts nur brauchen, um starke Männer an die Spitze zu bekommen, die das Land in nationalen und monarchischen Geiste regieren. Wir müssen versuchen, außenpolitisch unseren Frauen alles klar zu legen, dann werden wir auch die Frauenabende

lebendig gestalten können. Ich habe bemerkt, daß, wenn ich an den Frauenabenden die großen Fragen der äußeren und inneren Politik besprach, die Frauen mit Spannung zugehört haben und gern gekommen sind.

Frau Nivira-Gera: Es ist verständlich, wenn bei einem Vergleich mit der Vorkriegszeit die politischen Tatsachen als eine Richtschnur unseres Handelns hingestellt werden. Es sollte auch über die Haltung der Frauen bei den Elternrats- und Betriebsrätewahlen gesprochen werden. In den Betriebsräte- und Elternratswahlen, in den Wahlen zum Gewerbegericht und zu den Schlichtungsausschüssen erblicke ich eine Stala des Stimmungsumschwungs. (Sehr gut!) Diesen Stimmungsumschwung müssen wir viel mehr studieren, um zu den Aktionen gerüstet zu sein. Die Partei muß sich Vertrauensleute in den Betrieben sichern. Hier spricht die Frage der Arbeitszeit, der Löhne, der Behandlung durch Unternehmer, Meister und Kollegen mit.

Es wurde auch gesagt, daß in der Partei ein Unterschied zwischen Männer- und Frauenarbeit gemacht wird. Wer hat uns verboten, über große Politik zu sprechen? (Sehr richtig!) Wenn wir heute fragen, wie wir arbeiten sollen, müssen wir immer die Bedingungen unserer Arbeit berücksichtigen. Diese können wir uns aber nicht auswählen, sondern sie werden von den Zeitverhältnissen beeinflusst.

Die Zukunft bringt, daß unsere Führer im Parlament zu den Fragen der Außenpolitik Stellung nehmen müssen, daß sie überlegen, wie innerpolitisch die Voraussetzungen geschaffen werden, um vor allen Dingen die Lasten für unsere Arbeiter erträglich zu machen. Da haben wir als Frauen eine schwere Verantwortung, denn es steht fest, daß wir wirtschaftlich einer Krise entgegengehen.

Auch „Die Frauenwelt“ müßte etwas von dem bringen, was in der „Genossin“ gebracht wird, nämlich über die Tätigkeit der sozialdemokratischen Frauen im Parlament. In der „Genossin“ sollen die kulturellen Fragen behandelt werden, die Fragen der Schulpolitik usw. Ich verspreche mir gerade von der Durchführung sozialistischer Schulgebanken eine Besserung der Stellung der Frau innerhalb der Gesellschaft. (Beifall.)

Inzwischen sind folgende Anträge eingelaufen:

1. Antrag **Kirchmann u. Gen.:** Die seit der Umwälzung des November 1918 verfloffenen fünf Jahre haben den Wert der Zusammenarbeit von Mann und Frau im Parlament bewiesen und damit die Berechtigung des jahrzehntelangen Kampfes der Sozialdemokratie für das aktive und passive Wahlrecht der Frau bekräftigt. Die Reichsfrauentagung bedauert deshalb, daß bei der Aufstellung der Kandidaten zum Reichs- und zu den Gemeindeparlamenten diesen Tatsachen nicht überall Rechnung getragen wurde. Sie fordert die Genossinnen auf, durch regie Mitarbeit am politischen Leben den Boden dafür zu schaffen, daß in Zukunft durch späteres Eintreten von Frauen in den Parlamentarismus die Interessen von Mann und Frau und damit der gesamten Menschheit gewahrt werden.

2. Antrag **Pfaff u. Gen.:** Die Frauentagung der SPD. fordert von der Partei, daß sie ihren alten programmatischen Grundsatz: allgemeines Recht der Frauen auf Erwerb, theoretisch und praktisch energisch zur Durchführung bringe.

Dr. Lohmann-Berlin: Ich möchte die Frauentagung nicht vorübergehen lassen, ohne mich Ihnen wenigstens als derjenige Genosse vorzustellen, der der Not gehorchend, nicht dem eigenen Triebe — verantwortlich für die „Frauenwelt“ zeichnet, also zugleich derjenige Mann, der nach den Worten der Genossin Selbert aus Kassel sich nicht in die Seele einer Frau hineinversetzen kann. (Heiterkeit.) Da darf ich vielleicht nicht als Redakteur, sondern als Partei-

genosse, einige Worte sagen. Es ist meines Erachtens doch eine merkwürdige Gleichberechtigung der Geschlechter, wenn die Frau mit Recht darum kämpft, in der sozialen Arbeit den Wirkungsbereich des Mannes beurteilen zu können, Männer, Frauen und Kinder gleichmäßig betreuen zu dürfen, aber kein Mann Redakteur einer sozialdemokratischen Frauenzeitschrift sein darf. (Widerpruch.)

Dann ein Wort zu der am meisten umstrittenen Frage, zu dem Modeteil der „Frauenwelt“ und zu der Erziehung zum künstlerischen Geschmac, von der die Genossin Seibert gesprochen hat. Wir dürfen doch nicht blind gegen das sein, was ist. (Lebhafte Zustimmung.) Wir dürfen nicht verkennen, daß 99 Proz. aller unserer Proletarierinnen, der jungen wie der alten, zunächst an die herrschende Mode gebunden sind (sehr richtig), daß keine einzige eine Modezeitschrift in die Hand nehmen würde, wenn diese ausschließlich künstlerische Frauenkleidung und Frauenkultur brächte. (Sehr wahr!) Auch unter denjenigen Genossinnen, die führend in unserer Bewegung sind, ist über die Hälfte, wenn ich nur diesen erleuchteten Saal überblicke, an die herrschende Mode gebunden. (Lebhafte Zustimmung.) Wenn ich auf einen Schwurzeugen verweisen darf, so nenne ich die Genossin Sender, die ein Beispiel dafür ist, daß man Klassenkämpferin sein kann und sich doch geschmackvoll der herrschenden Mode entsprechend kleiden kann. (Unruhe.) Für uns stand die Frage bei der Schaffung der „Frauenwelt“ folgendermaßen: Wie sollen wir an alle Proletarierinnen herankommen, die zurzeit noch andere Zeitschriften der Modezeitalter lesen, eben um dieser Mode willen? Da schien uns zunächst kein anderer Weg gegeben zu sein, als die herrschende Mode in möglichst vollkommenen Typen zu übernehmen. Es kommt darauf an, ganz allmählich zu versuchen, Kritik an der herrschenden Mode zu üben, um so in jahrelanger Arbeit den Geschmac insgesamt zu heben. (Sehr richtig!)

Was vom Modeteil gilt, gilt auch von dem bildlichen und künstlerischen Teil. Es ist doch ganz falsch, daß wir in der „Frauenwelt“ eine bürgerliche Zeitschrift kopieren wollen. So einfach ist die Aufgabe nicht zu lösen. Die Genossin aus Gera vermißt, daß in der Zeitschrift auf das Elend der Proletarierfrauen hingewiesen wird. Da bin ich allerdings der Meinung, und ich weiß mich da eins mit der großen Zahl im Elend sitzender Genossinnen, die in einer ganzen Reihe von Zuschriften an mich betont haben, sie wollten nicht das Elend, wie sie es zu Hause haben, auch noch in ihren Feierstunden im Bilde vor sich haben. (Lebhafte Zustimmung.) Sie wollen im Bilde die Sonne haben, die später einmal durch den Sozialismus in ihr Leben hineintreten soll. (Erneute lebhafte Zustimmung.) Wenn Sie glauben, daß das Blatt nicht sozialistisch genug ist, so bitte ich Sie, mir das an Beispielen zu zeigen. Wenn die Rubrik „Die Akt im Hause“ nicht sozialistisch aussieht usw., dann bin ich dafür nicht verantwortlich. Ich kann nichts dafür, daß man Strümpfe nicht sozialistisch stopfen kann. (Zustimmung und Heiterkeit.) In den übrigen Artikeln dürften aber die Genossinnen doch das sozialistische Salz nicht vermissen haben. Ich verweise auf das Heft 8. Wenn Sie die Artikel daraufhin durchsehen werden, werden Sie doch zugeben müssen, daß in der Zeitschrift dauernd eine systematische sozialistische Arbeit geleistet wird. Das ist allerdings etwas, worin die „Frauenwelt“ sich mit den bürgerlichen Zeitschriften verbindet, nämlich darin, daß sie mit dieser Methode auch unsere Weltanschauung an die Masse der noch fernstehenden herandrängen will. Wir sollten erst den Versuch machen, die Zeitschrift an die Massen heranzubringen. Es kommt darauf an, daß wir ein Blatt schaffen, das wirklich die breiteren Massen unserer Genossinnen zum Denken zwingt. Darum würde ich Sie bitten, erst den Versuch zu machen, das Blatt wirklich an die uns noch fernstehenden Massen heranzubringen und dann zu

sehen, ob es seinen Zweck erfüllt, wirklich Klassenkämpferinnen und Genossinnen für uns zu werden. (Beifall.)

Colte Möller-Hörde: Ich bin in Mecklenburg gewesen, in einem Lande, in dem noch keine Frau zu Frauen gesprochen hat. Im Bezirk Westfalen habe ich Genossinnen gefunden, vor denen ich in Gedanken jeden Tag kniee, wenn ich bedenke, was sie leisten. Wenn wir den § 218 beseitigen wollen, dann haben wir die Verpflichtung, den Frauen die Augen über die ungeheure Verantwortung zu öffnen. (Sehr richtig!) Es genügt nicht, einfach die Streichung des § 218 zu fordern. Nur allzu leicht werden den Frauen da Mittel in die Hand gegeben, ihren Körper für alle Zeit zu ruinieren. Wir müssen sie auf die große Verantwortung hinweisen, die sie auf sich laden. Wir müssen in unsern Versammlungen mütterlich mit ihnen reden. Gerade wir Frauen haben Stunden miteinander nötig, in denen wir Dinge besprechen, die nicht für andere bestimmt sind.

Wie gestalten wir nun unsere Versammlungen? Dafür gibt es kein Programm. Aber das Programm liegt in unseren Herzen, in unserm Bekenntnis zur Partei, der wir treu bleiben bis zum letzten Augenblick. Wir alle empfinden genau so heiß und leidenschaftlich, wenn wir es auch nicht mit so beredten Worten zum Ausdruck bringen können, das, was der Genosse Wels gestern gesagt hat, als er ein Bekenntnis zu der Partei ablegte.

Die nächsten Nummern der „Genossin“ müßten beweisen, ob etwas daraus werden kann, dann liegt es an uns, mitzuarbeiten und zu helfen. Wir dürfen nicht mit Verachtung auf das Neue sehen, das sich um uns entwickelt, und das in seiner Eigenart gewertet werden will. Groß sein und das Herz vor allem offen halten für das, was in uns vorgeht, darauf kommt es an. Heute Morgen fielen mir beim Lesen des „Vorwärts“ ein paar Verse ein, ich möchte sie umändern und Ihnen sagen:

Dann hat ein Tag dich gesegnet mit unvergänglichem Licht,

Wenn aus vieler Menschen Antlitz ein Dank dir entgegenstrahlt.

(Lebhafte Beifall.)

Meining-Baughen: Wir sollten der Bearbeitung der Landfrauen eine weit größere Beachtung schenken als bisher. (Sehr richtig!) Die Landfrauen kommen am allerwenigsten zu unsern Versammlungen. Ich habe einen Weg eingeschlagen, der vielleicht auch sonst im Reich gangbar wäre. Ich habe mich mit der Landarbeitergewerkschaft in Verbindung gesetzt, und wenn nun die Gewerkschaften eine Gewerkschaftsversammlung einberufen und eine Frau als Referentin genannt ist, dann kommen die Landfrauen in Haufen und sind außerordentlich dankbar dafür, wenn sie einmal das hören, was ihnen sonst vorenthalten wird. Auf diese Weise konnten wir viele Frauen bewegen, zur Wahl zu gehen, was auf dem platten Lande sonst nicht geschieht. In dem § 22 des Statuts liegt eine gewisse Geringschätzung. Die Genossen behandeln uns heute noch mit einem ungeschicklichen Wohlwollen, das wir in ein sachgemäßes Zutrauen in unsere Leistungen verwandeln sollen.

Aus den Ausführungen der Genossin Popp ging hervor, wie die Rechtsparteien arbeiten. Wenn in Oesterreich die Reaktion auf die Umarbeitung unseres Strafrechts wartet, so zeigt das die internationale Einigkeit der Reaktion. Dem müssen wir eine starke internationale Einigkeit entgegensehen.

Wir dürfen auch nicht vergessen, dem Gefühl der Frau entsprechend zu arbeiten. Die Bürgerlichen bearbeiten die Frauen meist nur gefühlsmäßig. Wir können uns bis zu einem gewissen Grade auch gefühlsmäßig einstellen, dürfen aber nicht vergessen, die Idee des Sozialismus unsern Frauen einzuprägen.

Ich bin nicht der Ansicht einer Genossin, das Wahlalter sei zu niedrig. Maßgebend ist der Umstand, daß unsere Söhne im Krieg mit 16 Jahren über die

Geschichte des Vaterlandes mit Blut und Leben entscheiden sollten, während man ihnen die friedliche Entscheidung mit dem Stimmzettel nicht zugestehen wollte. Schon der Wunsch aus bürgerlichem Lager, sollte uns zu denken geben. Aufgabe der Mütter ist es, dafür zu sorgen, daß unsere Kinder, wenn sie mit 20 Jahren zur Wahlurne schreiten, überzeugte Sozialisten sind. Wir wollen für das Vorwärtsdrängen des Sozialismus kämpfen, damit unsere Kinder dieses Erde froh genießen können. (Bravo! und Händeklatschen.)

Frau Kern-Darmstadt: Es ist der Vorwurf erhoben worden, daß die „Frauenwelt“ die bürgerlichen Blätter nachahme. Ich verweise darauf, wie die Bürgerlichen die Frauen an sich zu fesseln suchen. In den Ankündigungen der Frauenzusammenkünfte heißt es stets am Schluß: nachher gemütlicher Teil mit Kaffee oder Tee.

Ich bedauere, daß die Frage des Arbeiterwohlfahrtsausschusses kaum gestreift wurde und wir keine weiteren Richtlinien erhalten konnten. Da sich die Geldverhältnisse in der Partei gebessert haben, da ferner in der Provinz meist die Leitung der Frauenbewegung in den Händen von Frauen liegt, die wirtschaftlich und durch ihre Haushaltungspflichten stark belastet sind, sollte man der Frage näher treten, besoldete Parteisekretärinnen zu gewinnen, die die Frauenbewegung zu leiten hätten, wodurch wir größere Erfolge verzeichnen könnten.

Das Protokoll der Frauentagung sollte allen Partei- und Bezirkssekretärinnen zugestellt werden, damit es in die Ortsvereine kommt. (Bravo! und Händeklatschen.)

Frau Köhle-Frankfurt: Hilferding sagte gestern in seinem Schlußwort, wir sollten die Kultur der Kultur nicht vergessen und den breiten Massen immer sagen, daß wir der Menschheit erst Kultur bringen wollen.

Zu der von verschiedenen Genossinnen angeschnittenen Frage der Elternbeiräte gestatte ich mir einige Ausführungen, weil mit der Einstellung der proletarischen Elternschaft zur Schule die Zukunft der Partei, die Zukunft und der Aufstieg der Arbeiterschaft steht und fällt. (Sehr richtig!) Erst wenn die breite Masse begriffen hat, daß es mindestens so wichtig ist, Funktionär im Elternbeirat zu sein, als irgendwelche Agitationsreden zu halten, wird der Einfluß der sozialistischen Eltern in der Schule Raum bekommen. (Sehr gut!) Wir gehen heute in der Volksschule und auch in der Reformschulbewegung rückwärts und die bisherigen Erfolge gehen verloren, weil sich breite Massen der proletarischen Eltern gleichgültig verhalten. Das Wort ist niemals wahrer gewesen als jetzt: wer die Zukunft hat, hat die Zukunft. Es besteht eine große Gefahr der nationalstischen Verfeuchung durch die Schule. Wenn dem nicht Einhalt geboten wird, wenn wir nicht begreifen lernen, daß wir als Sozialisten die Pflicht haben, unsern Kindern die beste Schulbildung zu geben, um die geistigen Kräfte im Volk selbst stellen zu können. Die Stellung der Frau zu den Mandatanten in den Körperschaften und auch innerhalb der Partei muß dadurch gegeben sein, daß sie etwas leistet. Die Entscheidung aber, ob ihre Qualitäten ausreichend sind, um im Parlament einen Platz ausfüllen zu können, ist doppelt und dreifach zu prüfen. Viele sind berufen, aber wenige sind auserwählt! Wir sollten selbstlos schaffen, auch wenn äußerlich kein Lohn winkt. Den besten Lohn sollten wir in dem Fortschritt und dem Ausbau der Partei erblicken. (Bravo! und Händeklatschen.)

Vorsitzende Frau Ryneck: Es ist folgender Antrag Seifert eingegangen: (Deutsche Nothilfe.)

Die Frauentagung der SPD. fordert, daß die Partei, bzw. der Arbeiterwohlfahrtsausschuß sofort ein gemeinschaftliches Arbeiten mit der deutschen Nothilfe einstellt und ablehnt.

Wenn eine Sammlung für „Kinder auf Land“ veranstaltet werden soll, dann durch den Arbeiterwohlfahrtsausschuß selbständig.

Es wird Schluß der Debatte mit der Maßgabe beschloffen, daß noch die Genossin Thiel-Leipzig und die Genossin Kirchmann-Köln, letztere als Vertreterin für das besetzte Rhein- und Ruhrgebiet sprechen sollen.

Frau Thiel-Leipzig: Wir brauchen uns mit den Frauenfragen nicht allein zu beschäftigen, da in der Partei Frauen und Männer vereint sind. Wenn wir die Beobachtung gemacht haben, daß die Frauen nicht aufgeklärt sind, so sind es die Männer auch nicht. Ich gehe rein vom politischen Standpunkt aus. Wir haben das gleiche Ziel, das Streben, den Sozialismus zu verwirklichen, der uns allein Frieden, Freiheit und Trost geben kann. Wollen wir dies Ziel erreichen, so müssen wir die Masse hinter uns haben, Männer, Frauen und Kinder, denn die Kinder sollen erst verwirklichen, was wir begonnen haben.

Durch das vorgestern angenommene Statut bekommen die Frauen Extraprogangen. Wir sind eine geeinte Partei von Frauen und Männern und brauchen das nicht. § 22 ist von weittragender Bedeutung nicht nur für den Parteiauschuß, sondern darüber hinaus, weil natürlich nach dem Stärkeverhältnis innerhalb der Organisation die Frauen in die allgemeinen Ämter der Partei eingereicht werden. Es ist heute viel über die Verluste bei den Wahlen zum Reichstag gesprochen worden. Werden die Frauen nach dem Stärkeverhältnis in die Listen eingereicht, so werden wir in Zukunft noch mehr verlieren. Wir müssen deshalb versuchen, diese Zahl im Statut zu ändern. Es liegt das an den Genossinnen in den Bezirken, die mit entsprechenden Anträgen an die Zentrale herangehen müssen, damit die Genossinnen genügende Unterlagen an Hand haben. Wenn wir uns hier streiten, ob dieser oder jener Bezirk in bezug auf die Frauen nicht berücksichtigt worden ist, so können wir das nur durch Worte zum Ausdruck bringen, ändern aber an der Tatsache nichts. Wir sollen doch für die Zukunft diese Änderungen herbeiführen, und deshalb müssen wir diese Härte beseitigen.

Frau Kirchmann-Köhl: Genossinnen und Genossen! Wohl in keinem Bezirk unseres Vaterlandes hat man so um den Ausfall der Reichstagswahlen gebangt wie in der Rheinprovinz. Wir waren uns bewußt, daß es vom Ausfall der Wahlen abhängig sei, ob das Rheinland beim Reich und bei Preußen bleiben würde. Die Haltung der Deutschen Sozialdemokratie in der Frage der Rheinlandpolitik war absolut richtig und hat dazu beigetragen, das Rheinland für Deutschland und Preußen zu retten. Für uns ist es wichtig, zu erfahren, welche Parteien auf Grund des Frauenwahlrechts den hauptsächlichsten Gewinn bei diesen Wahlen, deren Ausgang in unserem Bezirk ja im Grunde recht betrüblich gewesen ist, davongetragen haben. Es ist kein Zweifel, daß der Ruhnießer des Frauenwahlrechts im Rheinland nach wie vor die Zentrumsparterie ist. Das hat doch bestimmte Ursachen!

Als heute aus Sachsen, Berlin und Mitteldeutschland die verschiedensten kultur- und bevölkerungspolitischen Probleme berührt wurden, habe ich mich gefragt, welche Wirkung diese Art der Behandlung im Rheinland auf die Frauen haben müsse, die wir für uns gewinnen wollen. Gerade das Rheinland ist das Schulbeispiel dafür, daß man kulturpolitische und sozialpolitische Fragen nicht nach einheitlichen Gesichtspunkten beurteilen darf, sondern daß man in der Frauenbewegung auf Grund der lokalen Verhältnisse arbeiten muß. Es wäre ein idealer Zustand, wenn wir mit dem gleichen Rüstzeug der Presse und des Organisationsapparates Mann und Frau in gleicher Weise agitatorisch und organisatorisch erfassen könnten.

Worauf es heute ankommt, ist die Stellung der Frau zu ihrer eigenen Presse. Für meinen Begriff ist es sehr wertvoll, wenn es den Genossinnen in

den Bezirken geling, Einfluß auf die örtliche und Bezirkspresse zu gewinnen. Wir müssen Frauenbeilagen mit persönlichem Charakter bekommen. Es gibt leider wenig Beilagen, die die besonderen Aufgaben der Frau im politischen Leben in wirklich wertvoller Weise erörtern. Wir müssen auch darüber wachen, daß uns nicht leichter Unterhaltungsstoff als gut genug für die Frau geboten wird (sehr richtig!), wie es leider in Frauenbeilagen oft vorkommt, die von Männern redigiert werden, die nicht sehr viel Verständnis für die Frauenfragen haben.

Es muß immer wieder wiederholt werden, daß in der Frauenbewegung nach lokalen Gesichtspunkten gearbeitet werden muß. Zwischen der Rheinprovinz und Ostpreußen ist ein großer Gegensatz in der Einstellung der Bevölkerung. Die Einstellung der Genossinnen in Gegenden mit überwiegend protestantischer Bevölkerung ist anders als in Gegenden mit überwiegend katholischer Bevölkerung. Alles in allem genommen müssen wir einsehen, daß man die alten Wege, die man zur Gewinnung der Frau eingeschlagen hat, durch neue Wege ergänzt und Methoden anwendet, wie sie heute hier recht gründlich besprochen worden sind. (Lebhafte Beifall.)

Vorsitzende Frau **Ryneck**: Die Genossin Dr. Stegmann, die nicht mehr zu Worte gekommen ist, bittet die Genossinnen aus den einzelnen Bezirken, soweit sie Material für die Behandlung der §§ 218 und 219 haben, es ihr zu übermitteln, damit sie es im Bevölkerungspolitischen Ausschuß verwenden kann.

Dann hat die Genossin Schilling das Wort zum Bericht der Mandatsprüfungskommission.

Bericht der Mandatsprüfungskommission.

Berichterstatterin Frau **Schilling**: Unser Kongreß ist von 118 Delegierten besucht, außerdem zwei Gäste, fünf Vertreter des Parteivorstandes, ein Vertreter des Parteiausschusses, eine Genossin aus der Arbeiterwohlfahrt, zwei Vertreter der „Frauenwelt“, sieben Reichstagsmitglieder und 14 Genossinnen aus dem preußischen Landtage.

Die einzelnen Bezirke haben folgende Delegierten entsandt:

Ostpreußen	1	Hamburg	7	Rheinland	3
Pommern	1	Hannover	4	Oberrhein	2
Brandenburg	2	Braunschweig	1	Hessen-Offenbach	1
Groß-Berlin	5	Groß-Hüringen	6	Palz	1
Niederschlesien	3	Leipzig	4	Württemberg	2
Mittelschlesien	2	Ostfachsen	4	Franken	1
Halle	4	Chemnitz-Zwickau	5	Oberbayern	1
Magdeburg	5	Hessen-Cassel	7	Baden	1
Mecklenburg-Lübeck	1	Hessen-Nassau	2		
Schleswig-Holstein	4	Westfalen	6		

Die Mandate sind in bester Ordnung befunden worden und die Kommission beantragt, die Mandate für gültig zu erklären.

Von den Bezirksvorständen ist mir der Wunsch übermittelt worden, daß die Anwesenheitsliste gedruckt und den Bezirken zur Verfügung gestellt wird. Die Sekretäre haben eine Zahl prächtiger Rednerinnen entdeckt, die sie für ihre Agitation ausnutzen möchten.

Vorsitzende **Ryneck**: Ich möchte eine kleine Berichtigung vornehmen. Es sind nicht zwei männliche Mitglieder des Parteivorstandes vertreten, sondern fünf männliche Mitglieder des Parteivorstandes sind fast während der ganzen Verhandlung hier anwesend gewesen.

Von anderen Rednerinnen wird zu dem Bericht bemerkt, daß Osterschlesien durch zwei Delegierte, Hessen-Offenbach mit einer, Hessen-Darmstadt mit zwei und Oldenburg-Ostfriesland mit einer Delegierten vertreten ist.

Hierauf erhält Genossin Juchacz das Schlusswort.

Frau **Juchacz** (Schlusswort): Ueber die Anträge möchte ich folgendes sagen. Den Antrag Kirchmann-Röhl bitte ich anzunehmen. Er enthält alles, was wir im gegebenen Moment zu fordern berechtigt sind. Er enthält die Aufforderung an die Gesamtorganisation, die Mitarbeit der Frau auf parlamentarischer Basis noch stärker zu ermöglichen als bisher. Wir müssen diesen Antrag aber auch vom Standpunkt des Selbstbewußtseins der politisch-gleichberechtigten Frau aus annehmen im Gegensatz zu dem Antrag, der aus Württemberg-Hohenzollern gekommen ist und den ich abzulehnen bitte.

Den Antrag, der die Forderung enthält, daß das allgemeine „Recht der Frau auf Erwerb“ zum Durchbruch kommen soll, bitte ich ebenfalls anzunehmen; ebenso den Antrag, daß bei Aufhebung der Beamtenabbauperordnung die Gleichberechtigung der weiblichen Beamten wiederhergestellt wird. Ferner bitte ich anzunehmen den Antrag, der sich mit dem § 218 beschäftigt. Mit der Annahme ist die Ueberweisung des Antrags an die Reichstagsfraktion verbunden. In dem Antrag selbst könnte statt „der seinerzeit eingebrachte Antrag“ gesagt werden „der neu eingebrachte Antrag“.

Der Antrag aus Eberfeld, der sich mit der „Frauenwelt“ beschäftigt, ist zurückgezogen.

Den Antrag, ebenfalls die „Frauenwelt“ betreffend, unterschrieben Funk, aus Düsseldorf, bitte ich abzulehnen.

Der Antrag, wonach die Grabstätte der Genossin Zieg eine würdige Ausschmückung erfahren soll, wird am besten dem Parteivorstand überwiesen, der ihn an die zuständige Stelle weiterleiten wird.

Der Antrag der Genossin Ziegler, eine Frauenkorrespondenz herauszugeben, ist zurückgezogen.

Dann liegt noch der Antrag vor, den Hauptausschuß für Arbeiterwohlfahrt zu erziehen, eine gemeinschaftliche Arbeit mit der Deutschen Nothilfe einzustellen. Wenn eine Sammlung „Kinder aufs Land“ veranstaltet werden soll, soll es durch den Arbeiterwohlfahrtsausschuß geschehen. Die Genossin Ziels hat mich beauftragt, zu sagen, daß aus dieser gemeinsamen Sammlung in Breslau sehr große Beträge der Arbeiterwohlfahrt zufließen, die den Grundstock ihres Arbeitens bilden. Auch in Berlin werden dem Ausschuß für Arbeiterwohlfahrt 25 Proz. des Ertrages zugewiesen. Dazu kommt, daß heute die allgemeinen Sammlungen sich in würdigeren und sozial einwandfreieren Formen vollziehen als früher. Ich möchte Sie auch bitten, es der Arbeiterwohlfahrt selbst zu überlassen, wie sie ihre Arbeiten einrichten will. Wir haben durch den Hauptausschuß die freie Arbeit der Ortsausschüsse bisher niemals eingeschränkt. Prinzipielle Beschlüsse einer Zentralstelle können in dieser Frage nicht gut gefaßt werden. Wir nehmen es den Genossen nicht übel, wenn sie sich an einzelnen Orten, wo die Zusammensetzung der Wohlfahrtskörperschaften eine in unserm Sinne ungünstige ist, ablehnend verhalten.

Gegen den Antrag, der zum Kampf gegen Alkoholisten auffordert, sind Bedenken nicht laut geworden, so daß ich wohl die Annahme empfehlen kann.

Eine Genossin hat mich gebeten, zur Frage der Frauengruppen meine Meinung zu äußern, da diese Frage in den einzelnen Orten durchaus noch nicht geklärt sei. Das kann auch nur so geschehen, daß die Parteinstanzen es den einzelnen Bezirken ganz überlassen, wie sie die Frage der Frauengruppen regeln wollen. Soviel ich mich erinnere, befand sich unter den Anträgen an den Parteitag auch ein Antrag, die Frauengruppen aufzuheben, der im gleichen Sinn, wie ich es hier ausführe, behandelt worden ist. Aus den Berichten, die mir aus dem ganzen Reich zugegangen sind, habe ich entnommen, daß das

Wort „Frauengruppe“ ein Sammelbegriff ist, daß man sich in den einzelnen Gegenden des Deutschen Reiches etwas ganz verschiedenes darunter vorstellt. (Sehr richtig!) Die Zusammenarbeit der Genossinnen regelt sich nach ganz bestimmten örtlichen Verhältnissen und Gewohnheiten. Man muß also die Frage der Frauengruppen zusammen mit dem örtlichen Vorstand der Partei entscheiden. Wichtig ist vor allen Dingen die Verbindung der Parteilinstanzen mit den Frauengruppen. Das braucht durchaus nicht die Selbständigkeit in der Arbeit unserer Genossinnen zu unterbinden, sondern wir haben in dieser Verbindung die moralische Stütze der Partei, wenn Sie in den Fällen von prinzipieller oder auch geldlicher Bedeutung sich mit Ihrem Vorstand in Verbindung setzen. Allerdings müssen diese Frauengruppen das ganze Jahr hindurch tätig sein; sie dürfen nicht erst dann auf dem Plan erscheinen, wenn es sich um die Delegation zu irgendeiner Sache handelt. (Sehr gut!) Vorschläge zu irgendwelchen Delegationen oder Wahlen können nur von den Gesamtkörperschaften der Partei bestätigt werden.

Dann möchte ich noch etwas unterstreichen, was ganz zuletzt ausgeführt worden ist. Ich meine die Frage der Frauenbeilagen oder der Rubriken für die Frauenfragen in unsern Tageszeitungen. Während der Wahlbewegung habe ich mir ein Päckchen von Frauenbeilagen gesammelt, in denen über die Wahlen und über die Pflichten der Frauen bei den Wahlen auch nicht ein einziges Wort gesagt war. Sie waren vielmehr in dieser Zeit mit belletristischen Sachen, mit Sachen, die gar keine Bedeutung hatten, angefüllt. Daß man so die Frauenbeilagen als Schuttabladeplatz für alles mögliche bemüht, was für den übrigen Teil der Zeitungen nicht gebraucht werden kann, dagegen müssen wir uns allerdings wenden. (Lebhafte Zustimmung.) Aber Genossinnen, kümmern Sie sich auch in Ihren Bezirken in genügendem Maße um die Ausgestaltung der Zeitungen? Werden Sie nun, nachdem wir die „Frauentorrespondenz“ haben, auch in den Bezirken dafür sorgen, daß die Artikel der „Frauentorrespondenz“ abgedruckt werden? Werden Sie sich den nötigen Einfluß auf die Preßkommissionen oder ähnliche Körperschaften, die über das Aussehen der Zeitungen zu wachen haben, verschaffen? Wir haben während der Wahlzeit und vor der Wahlzeit ein Aufblühen der Parteipresse beobachten können. Wir haben gesehen, wie die Frauenbeilagen wie Pilze aus der Erde schossen. Ich kann allerdings zu meiner Freude konstatieren, daß diese Frauenbeilagen auch jetzt nach der Wahl nicht abgenommen haben. Sorgen Sie nun dafür, daß sie dauernd beibehalten und so ausgestattet werden, wie Sie es wünschen. Ich glaube aussprechen zu können, daß jetzt die Frauen wirklich alles haben, was sie als Arbeitsmaterial gebrauchen, so daß wir fast zum Parteivorstand sagen könnten: Ihr habt so viel für uns getan, daß Euch zu tun fast nichts mehr übrig bleibt. (Heiterkeit.) Nun zur „Genossin“. Man kann darüber streiten, ob darin grundsätzliche Probleme erörtert werden sollen oder nicht. Wir brauchen ja auch manchmal kühne Ausdrücke für eine Sache, die gar nicht so bezeichnet werden braucht. Gewiß wird auch einmal eine ernste Betrachtung in den Zeitungen stehen, gewiß sollen auch schwebende Fragen einmal behandelt werden. Aber wollen Sie die Lösung wissenschaftlicher Aufgaben in einer solchen Zeitung betreiben, dann schaffen Sie wieder einen Dualismus, über den Sie nachher in den Frauenkonferenzen genau so schimpfen, wie Sie früher über die „Gleichheit“ gezetert haben. (Lebhafte Zustimmung.) Einigermassen erkaunt bin ich darüber, daß hier so viele ein Loblied auf die „Gleichheit“ gesungen haben. (Sehr richtig!) Ich habe niemals etwas gegen die „Gleichheit“ gesagt, aber ich kann mich an Frauenkonferenzen früherer Jahre erinnern, in denen die „Gleichheit“ stundenlang der Kritik unterzogen

wurde, ganz besonders unter der Redaktion der Genossin Zeitin. (Lebhafte Zustimmung.) Damals hat man scharfe Kritik an einem Blatt geübt, das man jetzt über das Bohnenlied lobt. (Sehr richtig!) Wir sollten uns doch vor Uebertreibungen nach jeder Richtung hin hüten.

Der Genossin Rivirra möchte ich sagen: üben Sie Kritik und nochmals Kritik, aber bitte, eine wohlwollende Kritik. Der Konferenz und auch der Genossin Rivirra möchte ich darüber hinaus noch sagen: üben wir in unserer gesamten Arbeit nicht nur eine wohlwollende Kritik, sondern auch eine gütige Kritik. (Sehr richtig!) Bei aller Leidenschaft und Leidenschaftlichkeit ist etwas Schönes — soll doch auch die Güte mit hindurchleuchten, die Güte, die wurzelt in dem Glauben an die gemeinsame Sache. (Lebhafte Zustimmung.) Ich glaube, Genossin Rivirra, wenn wir beide zusammenarbeiten würden, wir würden uns sicherlich ganz gut verstehen. In diesem Sinne lasse ich auch Ihre Kritik an meinem Referat auf. Kein Mensch kann mehr geben, als er hat. (Sehr richtig!) Ich kann nur freudig begrüßen, daß eine Genossin mit den Kenntnissen der Genossin Rivirra meine Ausführungen auf Grund ihrer Erfahrungen ergänzen kann. In diesem Sinne hat die Genossin auch sicherlich ihre Ausführungen gemeint, und so will ich auch die Schlußfolgerungen für unsere späteren Arbeiten gezogen wissen. Es ist notwendig, daß die Genossinnen, die auf einem andern Platze stehen als ich und die mit einer so wunderschönen Beobachtungsgabe ausgestattet sind, ihre Erfahrungen nun auch verwerten und in schriftlichen Aufsätzen der Allgemeinheit zugänglich machen. Diese Schlußfolgerung wollen wir auch für unsere gesamte Arbeit ziehen.

Wenn die Genossin Möller in so schöner Weise davon gesprochen hat, daß Ihnen ein kleines Kind in den Arm gelegt worden sei, so möchte ich Ihnen sagen, helfen Sie dem Parteivorstande und seinem Beauftragten, dieses Kind zu einem selbständigen Wesen zu machen, das seine Aufgaben auch wirklich erfüllen kann. Dazu sind Sie da. (Lebhafte Zustimmung.) Wir Frauen alle — und auch ich bekenne mich an dieser Stelle schuldig — tranken noch an den Eigenschaften, die uns durch die jahrhundertlange Erziehung der Frau überliefert worden sind, die uns in Fleisch und Blut übergegangen sind. Wir tranken an dem Bewußtsein unseres eigenen Unwertes, wir haben oftmals Hemmungen zu überwinden, um unsere guten Gedanken in Körperschaften, in denen wir verantwortlich arbeiten sollen, zum Ausdruck zu bringen. Wenn wir dann dabei versagt haben, wenn wir Gelegenheiten verpaßt haben, in denen es sich darum handelte, für das Frauengeschlecht einen Fortschritt zu erzielen, dann kommen wir in die Versuchung, davon zu sprechen, daß wir als Frauen zurückgebrängt worden seien. Suchen wir die Ursachen dafür in uns selbst! Ueben wir in jeder Stunde Selbstkritik! Wenn das erst geschieht, dann ist das Klagelied von der Zurückdrängung der Frauen, das erfreulicherweise heute hier nicht angeklungen worden ist, das ich aber draußen in den Provinzen bisher noch auf jeder Frauenkonferenz habe mit anhören müssen, sehr bald zum Verstummen gebracht. Diese Niedererkämpfung der eigenen Hemmungen, diese Hebung des eigenen Selbstbewußtseins, wenn wir in einer verantwortlichen Arbeit stehen, ist ein Stück Selbsterziehung, und mit dieser Selbsterziehung werden wir über all die kleinlichen Dinge hinauswachsen. Genossin Ziegler, ein wenig Humor tut auch etwas dabei, glauben Sie es mir. (Lebhafte Zustimmung.) Soviel kenne ich die Genossin Sender, um zu wissen, daß sie einen nicht unfeinen, im Gegenteil recht feinen Scherz des Genossen Lohmann nicht übernimmt. (Lebhafte Zustimmung.) Wir sollten es alle lernen, über den Dingen zu stehen und sollten uns um Kleinigkeiten willen nicht aufregen, wenn die Geschichte von uns verlangt, daß wir große Dinge erfüllen. (Lebhafte Zustimmung.) Das sind die Lehren, die ich für mich aus der ganzen Diskussion

gezogen habe und von denen ich wünschen möchte, daß Sie sie mit hinausnehmen in die einzelnen Bezirke, um auch danach zu arbeiten.

Zum Schluß noch ein paar Worte. Wir brauchen zu unserer Arbeit — und das hat nur noch eine ganz lose Verbindung mit dem, was ich vom Selbstbewußtsein und von dem Bewußtsein des Unwertes der eigenen Persönlichkeit gesagt habe — auch die psychologische Einfühlung der Männer. (Sehr richtig!) Wenn wir wissen, daß wir sie brauchen, dann sollten wir es auch nicht tadeln, daß sich ein Mann gefunden hat, der uns in der „Frauenwelt“ ein Arbeitsinstrument für den Sozialismus gegeben hat. Wir sollten uns vielmehr dessen freuen und in uns die Verpflichtung fühlen, uns an dieser Arbeit zu beteiligen, damit das Handwerkszeug immer brauchbarer wird, sowohl für die Frauenbewegung wie für den Sozialismus. (Lebhafter Beifall.)

In der Abstimmung wird der Antrag Kirschmann u. Gen. einstimmig angenommen. Damit ist der Antrag Ziegler erledigt.

Der Antrag Seifert und Gen. wird abgelehnt. Ein Antrag, der sich auf die Grabstätte der Genossin Ziegler bezieht, wird dem Parteivorstand überwiesen.

Der Antrag Wachenheim betreffend die Gleichberechtigung der weiblichen Beamten findet einstimmige Annahme, desgleichen der Antrag Pfülf u. Gen.

Ein Antrag, der sich auf die §§ 218/219 des Strafgesetzbuches bezieht, wird gleichfalls einstimmig angenommen und der Reichstagsfraktion überwiesen.

Dem Antrage Wegscheider, betreffend den Kampf gegen den Alkoholismus stimmt die Konferenz einstimmig zu.

Ziegler-Heilbronn (persönliche Bemerkung): Die Genossin Köhl-Frankfurt und die Genossin Luchacz haben irrümlischerweise von einem Antrag Ziegler gesprochen. Ich möchte feststellen, daß beide Anträge aus Württemberg nicht von mir persönlich stammen, sondern mir vom Landesauschuß der Frauen Württembergs übergeben worden sind.

Vorsitzende Rynek: Damit sind wir am Schluß unserer Tagung angelangt. Aus der augenblicklichen Zusammensetzung der Konferenz können Sie ersehen, wie groß das Interesse nicht nur unserer Genossinnen, sondern auch unserer Genossen für die Frauenkonferenz ist. Nicht nur die männlichen Mitglieder unseres Parteivorstandes haben bis zum letzten Augenblick unseren Verhandlungen beigewohnt, sondern auch die Gäste aus Berlin und aus dem Lande haben bis zum Schluß ausgeharrt. Ich glaube, das ist das beste Zeichen dafür, daß wir gut gearbeitet haben, und das gibt uns auch Mut für die zukünftige Arbeit. Auch unsere alte Ottilie hat bis jetzt teilgenommen. Es ist für sie stets der Wunsch gewesen, die erste Frauenkonferenz nach der Einigung erleben zu können. Unsere Ottilie wird mit dem Ergebnis der heutigen Konferenz zufrieden sein, ihre Arbeit hat Erfolg gezeigt. Überall sehen wir frische Kräfte, Frauen und Männer, die in alter kameradschaftlicher Weise den Kampf aufnehmen und den Erfolg zu sichern bemüht sind.

Ich handle in Ihrem Sinne, wenn ich der Berliner Parteiorganisation für die uns gewordene Gastfreundschaft, die Tagung in diesem Hause ermöglicht zu haben und den gestrigen Abend, der uns einander nähergebracht hat, den Dank der Konferenz ausspreche.

Geben wir mit neuem Mut an die Arbeit. Ich bitte Sie, mit mir einzustimmen in den Ruf: Die internationale Sozialdemokratie, sie lebe hoch! (Die Versammlung stimmt begeistert in den Ruf ein.)

Die Konferenz ist geschlossen und wünsche ich Ihnen gute Heimkehr und erfolgreiche Arbeit.

Die Teilnehmer fingen die Internationale.

(Schluß der Sitzung 7 Uhr.)

Angenommene Anträge der Frauenkonferenz.

Die seit der Umwälzung des November 1918 verfloßenen fünf Jahre haben den Wert der Zusammenarbeit von Mann und Frau im Parlament bewiesen und damit die Berechtigung des jahrzehntelangen Kampfes der Sozialdemokratie für das aktive und passive Wahlrecht der Frauen bekräftigt.

Die Reichsfrauenkonferenz bedauert deshalb, daß bei der Aufstellung der Kandidaten zum Reichs- und zu den Gemeindeparlamenten dieser Tatsache nicht überall Rechnung getragen wurde. Sie fordert die Genossinnen auf, durch regste Mitarbeit im politischen Leben den Boden dafür zu schaffen, daß in Zukunft durch stärkeren Eintritt von Frauen in den Parlamentarismus die Interessen von Mann und Frau und damit der gesamten Menschheit gewahrt werden.

Die sozialdemokratische Frauenkonferenz hält für selbstverständlich, daß bei Aufhebung der Beamtenabbau-Verordnung die verfassungsmäßige Gleichberechtigung der weiblichen Angestellten wiederhergestellt wird. Sie ersucht den Parteivorstand und die Reichstagsfraktion, die Bestrebungen, die Ausnahmebestimmungen gegen weibliche Beamte auch für die Zukunft aufrechterhalten, als Bruch der Reichsverfassung zu brandmarken und ihnen auf das energischste entgegenzuwirken.

Die Frauenkonferenz der SPD. fordert von der Partei, daß sie ihren alten programmatischen Grundsatz „Allgemeines Recht der Frauen auf Erwerb“ theoretisch und praktisch energisch zum Durchbruch verhilft.

Unsere Aufgabe als Kulturpartei liegt in der Förderung der Volkswohlfahrt: wie der Bekämpfung aller Volksschäden, unter denen der Alkoholismus in Deutschland mit an erster Stelle steht.

Es ist eine der sozialsten Frauenaufgaben, ihren Einfluß gegen das verheerende Volksgift einzusetzen und deshalb Aufgabe aller Verantwortlichen, alle Kräfte einzusetzen, um den Alkoholismus zum Wohle des arbeitenden Volkes zu bekämpfen.

Angenommen und der Reichstagsfraktion überwiesen.

Die Frauenkonferenz richtet die dringende Bitte an die Fraktion, nachmals dahin zu wirken, daß der seinerzeit eingebrachte Antrag zur Abänderung des § 218, der Straffreiheit bei Unterbrechung der Schwangerschaft in den ersten drei Monaten gewähren will, schleunigst im Reichstag zur Beratung kommt. Maßgebend sind die Urteile in Württemberg, Berlin und die zuletzt vorgekommenen Fälle in Hamburg nebst vielen anderen im Reich. Sie beweisen aufs neue, das hier eine dringende Frauennot vorliegt und daß gerade die Sozialdemokratische Partei die Aufgabe hat, die Frauen zu schützen.

Dem Parteivorstand überwiesen.

Die Frauenkonferenz wolle beschließen: der Parteivorstand wird ersucht, Schritte zu unternehmen, damit die Grabstätte der Genossin Ziegler eine würdige Ausschmückung erfährt. Sollte die Partei Mittel hierzu nicht zur Verfügung haben, sind unverzüglich Sammlungen zu veranstalten.

Liste

der Teilnehmer an der Reichsfrauenkonferenz der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Agnes, Lore, Düsseldorf
 Andrefsen, Marg., Hamburg
 Arning, Marie, Magdeburg
 Aul, Bella, Meiningen
 Bartels, Elise, Hildesheim
 Becker, Clara, Halle
 Becker, Martha, Weimar
 Berg, Frau, Oschersleben
 Viktori, M., Frankfurt a. M.
 Bollmann, M., Halberstadt
 Bremer, Theresie, Hannover
 Brühn, Lina, Hannover
 Christmann, S., Barmen
 Claus, Joh., Neudänitz
 Deppe, Marie, Altona
 Ege, Lina, Frankfurt
 Endmann, L., Recklinghaus.
 Felber, Betti, Chemnitz
 Fischer, Marie, Lüneburg
 Frerichs, Elif., Rüstingen
 Graf, Frau, Braunschweig
 Grotejandt, Frau, Bochum
 Günther, Hedw., Hamburg
 Hauke, Frieda, Jaborze
 Hanna, Gertrud, Berlin
 Helfers, Rosa, Hameln
 Hempel, Emma, Wittweberge
 Heymann, Johanna, Berlin
 Hilge, Jakob, Dortmund
 Höfs, Else, Stettin
 Hübscher, M., Wittenberge
 Jaedstatt, Luise, Lübeck
 Jahnke, Frau, Jena
 Jansen, Flora, Geesemünde
 Jeschke, Aug., Halberstadt
 Juordan, V., Frankfurt a. M.
 Kähler, Luise, Berlin

Kab, Ella, Berlin
 Kern, Elisabeth, Darmstadt
 Kersting, Sophie, Düsseldorf
 Kircher, Joseph, Deggendorf
 Kirchmann, Elisabeth, Köln
 Klügel, Emma, Sieditz
 Köhling, Martha, Steinitz
 Kröger, V., Wilhelmshburg
 Kuhnert, M., V.-Lichterfelde
 Kühn, Anna, Leipzig
 Kurzfürst, Nanai, Kiel
 Lau, Johannes, Hannover
 Lawatsch-Neumann, Breslau
 Ley, Anna, Dortmund
 Lohmann, Dr., Berlin
 Ludwig, Konrad, Berlin
 Maische, Anna, Berlin
 Meier, Richard, Zwickau
 Meinig, Helene, Baunzen
 Melzer, Anna, Chemnitz
 Menge, Frau, München
 Müller, Nettchen, Köln
 Nemitz, Anna, Berlin
 Niviera, Elsa, Gera
 Oesterreicher, Frau
 Oventrop, Anna, Hagen i. W.
 Peine, Hermine, Hamburg
 Pfäff, Loni, München
 Röhle, Paul, Frankfurt
 Röhle, Alma, Frankfurt
 Röpert, Marie, Halle
 Rhyndt, Eufriede, Berlin
 Sachse, Emma, Altenburg
 Sander, Anna, Eisenburg
 Sapanik, Walt., Minden i. W.
 Scheibenhuber, E., Berlin
 Schilling, Minna, Döbeln

Schleisak, A., Oberhausen/R.
 Schmieder, M., Weinböhla
 Scholz, Gertrud, Berlin
 Schorsch, Frau, Neuisenburg
 Schröder, Luise, Altona
 Schuler, Emilie, Göppingen
 Schumann, Elif., Stettin
 Schulz, Berta, Herne i. W.
 Schwarz, Anna, Kürnberg
 Seidel, E., Grünberg/Schl.
 Seifert, Martha, Pirna
 Selbert, E., Niederzwehren
 Seuder, Loni, Dresden
 Simon, A., Brandenburg
 Siemsen, Dr. Anna, Jena
 Siegmann, Dr. M., Dresden
 Steinhäuser, M., Offenbach
 Stiegeler, Math., Durlach
 Stiegler, Anna, Bremen
 Surek, Lina, Piesnitz
 Thiel, Berta, Leipzig
 Todenhagen, M., Berlin
 Thümmel, Elifab., Dresden
 Wadenheim, Hedw., Berlin
 Weber, Frau, Dessau
 Weddering, Dora, Lübeck
 Weascheider, Hübea., Berlin
 Weiland, Magdalena, Zeitz
 Wengels, Margarete, Berlin
 Wohlgenuth, E., Marienburg
 Wolf, Marie, Speyer
 Wolff, Frau, Bockholt
 Windisch, Amalie, Cassel
 Wurm, Mathilde, Berlin
 Zabe, Grete, Hamburg
 Zänzier, Minna, Zwickau
 Ziegler, Anna, Heilbronn